

H. W. L.
AUG 4 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 13 • 8. Jahrgang

Berlin, 1. Juli 1927

Das Saargebiet nicht lebensfähig.

Nur Rückführung zum Reich kann Rettung bringen!

Die Junitagung des Völkerbundsrates ist vorübergegangen, ohne daß man sich diesmal mit der Saarfrage beschäftigt hat. Es ist bekannt, daß der Völkerbundrat nur ungern an die Behandlung von Saarangelegenheiten herangeht, weil jeder einzelne Delegierte zum Völkerbund, soweit er sich überhaupt mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, weiß, daß das ein heikes Eisen ist. Kein Gebiet und kein Problem sollte dem Völkerbund so nahe stehen, wie das Saargebiet und die Saarfrage. Der Völkerbund selbst ist Schirmherr, Adoptivvater dieses in Versailles geschaffenen Gebildes. Einzig in seiner Art ist diese Schöpfung der Versailler Diktatmächte entstanden und zu treuen Händen dem Völkerbund anvertraut worden: „Zur Sicherung der Wohlfahrt und der Rechte der Bevölkerung.“ Es ist kein selbständiger Staat, auch kein Mandatsgebiet, noch weniger Kolonie irgendeinen Staates. Es ist deutsches Gebiet, der deutschen Staatsautorität zugehörig, die Bevölkerung sind deutsche Reichsangehörige — und dennoch hat Deutschland dort nichts zu sagen. Es gehört ihm nicht, denn die Gruben sind Frankreich übereignet, das einstmals preußische und bayerische Staats- oder Reichseigentum ist der Saarregierung zu treuen Händen überlassen — nur die Herzen der Bevölkerung sind unbestrittenes und unverrückbares Eigentum Deutschlands. Das Wertvollste allerdings, das Kleinod, das keine Verträge, keine Diktate, keine Gewalten, auch keine Korruption verändern könnte.

Der Völkerbund soll, wie erwähnt, durch eine Regierungskommission das Gebiet zu treuen Händen verwahren, durch eine Regierungskommission, die nicht Frankreich, sondern allein dem Völkerbund verantwortlich sein soll. Die Bevölkerung des Gebietes soll durch diese auf 15 Jahre berechnete Sondergestaltung für dieses Gebiet keinerlei materiellen oder moralischen Schaden haben, ihre Rechte sollen gesichert sein, ihre wirtschaftliche Lage, ihre Rechtslage soll sogar verbessert werden, die Bewohner sollen ihre Staatsangehörigkeit, ihre Sprache, ihre Schulen, ihre örtlichen Vertretungen und anderes mehr behalten. Sie sollen frei von allem Militärdienst sein, sollen nach 15 Jahren frei und unbeeinflußt sich über das künftige Schicksal des Saargebiets entscheiden u. s. f.

So sagen's die Bestimmungen von Versailles, so haben es die Friedensmacher von Versailles feierlich verkündet, durch Noten und Instruktionen festgelegt. Aber was ist aus all diesen feierlichen Versicherungen, aus den vertraglichen Abmachungen und völkerbündlichen Verheißen geworden? In einem Wort: Ein großer Betrug! Man tue heute nur einen flüchtigen Blick in die Verhältnisse an der Saar, man wird erschüttert sein über das, was eine siebenjährige Völkerbundsverwaltung an der Saar an Elend, Not, Armut, Verfall, gesundheitlicher, sozialer, mora-

lischer Schädigung geleistet hat. In der ganzen zivilisierten Welt gibt es kaum ein Fleckchen Erde, wo die Vereinigung der Bevölkerung innerhalb von sieben Jahren so entsetzlich Platz gegriffen hat, als wie in dem vom Völkerbund verwalteten Saargebiet. Die dort entstandenen Verhältnisse sind die schwerste Anklage gegen den Völkerbund, die man sich denken kann. Der Völkerbund hat die Bevölkerung an der Saar, hat ihre Interessen, ihre Rechte verraten, verleugnet, verkauft. An Frankreich verkauft; denn Frankreich, das mit Deutschland um die endgültige Gestaltung des Saargebiets konkurriert, ist der eigentliche Gewalthaber im Saargebiet. Man mag es leugnen, es hundertmal bestreiten und nervös werden, wenn man es immer wieder behauptet: Das Saargebiet ist politisch und wirtschaftlich vertragswidrig Frankreich ausgeliefert worden. Man vergleiche doch den Wortlaut und den Geist des Saarstatuts mit der Entwicklung der Verhältnisse im Saargebiet. Und wer ehrlich ist, der wird zugestehen müssen, daß diese Verhältnisse nicht hätten einreichen können, daß die Vereinigung der Massen nicht möglich gewesen wäre, wenn der Völkerbund mit der Saarregierung unparteiisch ihre Pflicht getan hätte.

Die ungeheure wirtschaftliche Not der breiten Masse der Saargebietsbevölkerung ist allein die Schuld des Völkerbundes, ist der von Frankreich gewollte Zustand. Der Urgrund der wirtschaftlichen Vereinigung der Saargebietsbevölkerung ist die vertragswidrige Einführung der Frankenwährung, ist die unnatürliche zollpolitische Abschöpfung des Saargebiets vom übrigen Mutterland. Gewiß ist diese zollpolitische Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollsystem in den Saarstatutsbestimmungen vorgesehen. Bei dieser rein wirtschaftspolitischen Bestimmung handelt es sich aber nicht um eine zwangsläufige Gestaltung der neuen Verhältnisse, sondern um eine ausgesprochen annexionspolitische Maßnahme Frankreichs, die aus den ursprünglichen Zielen der französischen Politik im Saargebiet entsprungen ist. Wäre der Völkerbund eine unparteiische Institution zur Wahrung des Rechts, dann hätte er längst auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundsatzung eine Abänderung dieser Bestimmung beschlossen, da diese dem Grundgedanken des Artikels 46, Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung, widerspricht. Der Völkerbund hat sich aber von jeder Entscheidung und vor jedem Beschuß gedrückt, der etwa die französischen Bestrebungen im Saargebiet stören könnte.

Wie gesagt, hat sich der Völkerbundsrat auf seiner Junitagung mit den Saarverhältnissen nicht beschäftigt. Die politischen Parteien des Saargebiets hatten trotzdem

eine aus Deutschnationalen, deutschen Volksparteilern, Zentrumsanhängern und Sozialdemokraten bestehende Delegation nach Genf entsandt, die am 15. Juni dort dem Führer der deutschen Delegation, Reichsaufßenminister Dr. Stresemann, eine Denkschrift überreichte, die folgenden Wortlaut hat:

„Seit mehr als 7 Jahren steht das Saargebiet unter der Verwaltung des Völkerbundes. Diese lange Zeit hat den Beweis erbracht, daß man bei der Bildung des Saargebietes, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung von falschen Voraussetzungen ausging. Was die politische Seite angeht, so ist von ihr nur immer wieder zu sagen, daß die Bevölkerung des Saargebietes in ihrer Gesamtheit rein deutsch ist und keinen sehnlicheren Wunsch kennt, als möglichst bald zu ihrem deutschen Mutterlande zurückzukehren. Diese Sehnsucht wird sich nie ändern. Es ist daher zwecklos, die im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmung noch weitere sieben Jahre hinauszuschieben. Es kommt hinzu, daß der Versailler Vertrag der Bevölkerung des Saargebietes fast alle politischen Rechte genommen hat. Man hat das Saargebiet unter ein autokratisches Regime gestellt. Im Zeitalter der Demokratie wird ein hochkultiviertes Gebiet mitten in Europa wie eine Kolonie verwaltet. Die gewählte Volksvertretung hat nicht das geringste Mitbestimmungsrecht. Sie kann nur Gutachten abgeben. Selbst diese werden auch heute noch von der Regierungskommission kaum beachtet, da nach wie vor der französische Einfluß die Regierungskommission beherrscht. All dies ist nur geeignet, dem wahren Völkerbundsgedanken Abbruch zu tun. Wir bedauern es aus diesem Grunde sehr, daß unsere immer wieder gestellten Forderungen nach Erweiterung der Rechte der gewählten Volksvertretung, nach einer neutralen Zusammensetzung der Regierungskommission, nach einer direkten Anhörung der gewählten Volksvertretung durch den Völkerbundsrat und ähnliche Forderungen bisher keine Erfüllung fanden.

Die wirtschaftlichen Zustände des Saargebietes fordern noch mehr als dies alles schnellste Abhilfe. Das Saargebiet wurde von seinem natürlichen Wirtschaftsgebiet losgerissen und einem fremden Zollgebiet eingegliedert. Heute ist es offenkundig, daß dadurch die Lebensader des Saargebietes durchschnitten wurden. Das Saargebiet ist ein hochentwickeltes Industrieland, dessen wirtschaftliches Wohlergehen auf seinen Kohlengruben beruht. Diese wurden Frankreich im Versailler Vertrag zugesprochen als Ersatz für den Förderungsausfall bei den zerstörten Kohlengruben in Nordfrankreich. Letztere sind längst wieder hergestellt. Ihre Forderung ist heute größer als vor dem Kriege. Die französische Wirtschaft hat sich daher auferstanden gezeigt, die Saarkohlen restlos aufzunehmen, so daß die Saargruben heute unter starkem Abschmäler leiden.

Die Lage der eingessenen Industrie des Saargebietes ist schlechter denn je. Sie hat unter größten Schwierigkeiten und Unterbrechungen nur deshalb ihre Betriebe aufrecht erhalten können, weil Deutschland die Zölle stundete. Eine längere Abschöpfung der saarländischen Industrie von ihrem natürlichen Absatzgebiet ist nicht mehr tragbar. Handel, Gewerbe und Handwerk sind in der gleichen Weise auf Gedeh und Verderb mit der deutschen Wirtschaft verbunden. Von der Landwirtschaft gilt wegen der klimatischen und Bodenverhältnisse des Saargebietes das gleiche. Alle diese Erwerbszweige, von denen doch ein Volk leben muß, sind gerade durch die Eingliederung in das französische Zollgebiet in die größte Notlage geraten. Die Teilerleichterung, welche die französisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen bisher gebracht haben, sind nur von geringem Einfluß.

Geradezu trostlos hat sich die Lage der Arbeitnehmer gestaltet, die mit ihren Angehörigen drei Viertel der Bevölkerung umfassen. Sie haben in den letzten Monaten durch Lohnabbau und Feierschichten bis zu einem Viertel ihres Einkommens verloren. Mit ihren Familien leiden sie große Not. Die Lage wäre noch schlimmer, wenn Deutschland über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus nicht die Zölle gestundet und die sozialen Leistungen zu einem Teil übernommen hätte. Natürlich sind die übrigen Bevölke-

rungsschichten ebenfalls in stärkste Notleidenschaft gezogen, insbesondere der ganze Mittelstand. Die Gemeinden leiden sehr unter der Last der Armen- und Arbeitslosenunterstützung schon seit Jahren. Sie stehen vor der Unmöglichkeit, infolge des Steuerausfalls und durch stark vermindernde Einnahmen der Bevölkerung ihre übrigen Aufgaben zu erfüllen. Die sehr bedrängte Lage der Sozialrentner aller Art fordert eine baldige Wiedervereinigung der Sozialversicherung des Saargebietes mit der des Reiches.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß das Saargebiet in seiner jetzigen Gestaltung nicht lebensfähig ist. Der Völkerbund kann das seiner Obhut anvertraute Gebiet nicht dem Siechtum preisgeben. Warum also noch länger zögern mit dem entscheidenden Schritt, der doch einmal getan werden muß. Das einzige Heilmittel zur Herbeiführung gesunder Zustände besteht in der baldigen Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reich. Wir sind der Überzeugung, daß der Völkerbund nach einer genauen Untersuchung der wirklichen Zustände des Saargebietes zu keinem anderen Urteil gelangen kann.“

Soweit die Denkschrift. Es ist gut, daß in ihr erneut kurz und sachlich so ungefähr all das gesagt ist, was gegen die an der Saar ausgerichtete Fremdherrschaft spricht, und daß die dadurch hervorgerufene große wirtschaftliche Notlage geschildert wird. Das Wesentlichste aber ist die Forderung nach einer baldigen Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reich. Zwar ist sie ohne Unterschied der Parteien und der Stände schon sehr oft und mit großem Nachdruck erhoben worden. Dennoch aber war es unbedingt zweckmäßig, sie nun mehr auch offiziell an den Völkerbundsrat durch die berufenen Vertreter des Saargebietes heranzubringen. Die baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland zu erstreben, ja nachdrücklich zu verlangen, ist ein gutes Recht sowohl der Saarbevölkerung wie der deutschen Regierung; denn die Trennung ist nicht nur gegen beider Willen, sondern trotz ihres ausdrücklichen Protestes vorgenommen worden und obgleich sie mit den eigenen Lehren der Dirigenten in Versailles vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in denkbar krassestem Widerspruch steht. Ja selbst die schließlich nach außen hin gegebene Begründung für die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland — nämlich um Frankreich Ersatz an Kohle für die durch den Krieg zerstörten Kohlengruben in Nordfrankreich zu sichern — ist, wie es auch in der Denkschrift ganz richtig heißt, weggefallen. Die nordfranzösischen Gruben sind längst wieder leistungsfähig und Frankreich kann seit dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks einen großen Teil der Saarkohle weder selber verbrauchen — und hierauf kommt es doch wohl an — noch ist es in der Lage, sie anderweitig unterzubringen, wie die großen, von Tag zu Tag zunehmenden Kohlenläger an der Saar und die Einlegung der vielen Feuerschichten auf den Saargruben deutlich zeigen. Es ist also wirklich jede Voraussetzung für die Trennung des Saargebietes von Deutschland hinfällig geworden. Ich glaube, es wäre notwendig, gerade dieses stärker als es bisher geschehen ist, herauszuarbeiten.

Wie lange noch soll die Bevölkerung des Saargebietes unter der Fremdherrschaft schwächten, nachdem Frankreichs Gruben wieder hergestellt sind, Deutschland dem Völkerbund beigetreten ist und all die übernommenen Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllt hat? Was ist zu tun, um zur baldigen Befreiung zu kommen?

Vor allem dürfen wir den Mut nicht verlieren. Es wird mehrere Wege geben, die mit- und nebeneinander gegangen werden können. Sicherlich ein sehr gutes und anwendbares Mittel, um zur Erlösung zu kommen, ist die fortwährende Aufklärung des Auslandes über die tatsächlichen Umstände, die für die Abtrennung des Saargebietes maßgebend waren und über die gegenwärtigen Verhältnisse. Wir an der Saar können uns gar nicht vorstellen, wie wenig genau man im Auslande von dem, wie die Dinge im Saargebiet geworden sind und liegen, unterrichtet ist. Gewiß, es ist bereits vieles

an Aufklärungsarbeit, auch für das Ausland, geschehen. Aber bis es erst einmal soweit ist, daß man dort in weiteren Kreisen einseht, unter welch' harlem Tsch die deutsche Bevölkerung des Saargebietes leidet, nur weil Frankreich das Gebiet gern haben möchte, obgleich es sich um ein ganz deutsches Land mit einer rein deutschen Bevölkerung handelt, und bis es daraus den Schluss zieht, daß ein solcher Zustand in der heutigen Zeit gänzlich unwürdig für alle die ist, die ihn in Versailles rein machtmäßig schufen und daher jeder, dem Völkerfriede und Völkerversöhnung am Herzen liegen, die Pflicht hat, sich ernsthaft für die Aenderung eines solchen Zustandes einzusehen, vergeht viel Zeit. Aber gerade deswegen darf nicht locker gelassen werden mit der Aufklärung und

der Forderung nach schnellster Aenderung. Immer und immer wieder muß jetzt das Verlangen nach einer baldigen Wiedervereinigung positiv erhoben werden. Diese Frage darf einfach nicht mehr zur Ruhe kommen, bis sie im Sinne der Saarbevölkerung gelöst ist. Aus diesem Grunde ist es auch sehr zu begrüßen, daß die Vertreter des Saargebietes bei der letzten Tagung des Völkerbundes diese Forderung ganz offiziell gestellt haben. Jetzt heißt es, auf der ganzen deutschen Linie in diesem Sinne mit aller Kraft weiter zu arbeiten, dann wird der Erfolg trotz aller Treibereien der Franzosen nicht ausbleiben.

Der Völkerbund am Scheidewege.

Deutschland gehört erst kurze Zeit dem Völkerbund an. Als man ihn seinerzeit in Versailles in Zusammenhang mit der Aufführung des Friedensdiktates gründete, schloß man Deutschland von ihm aus. Man behandelte Deutschland als geächtet, weil nach der von den alliierten Mächten aufgestellten These zur Gründung dieses ungeheuerlichen Lügendorfes Deutschland angeblich den Krieg böswillig vorbereitet und ohne Not vom Zaun gebrochen habe. Reichsaufßenminister Dr. Stresemann konnte in seiner Reichstagsrede vom 23. Juni auf eine entsprechende Andeutung Poincarés darauf hinweisen, daß die Aufklärung der Welt über diese Vorgänge aus vergangenen Tagen zu weit vorgeschritten ist, als das zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen Glauben finden.

Die alliierten Mächte haben dann nicht zuletzt auch durch die Erfahrungen des Ruhrkrieges sich zu der Überzeugung bekennt müssen, daß eine Ausschaltung Deutschlands aus den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen der politischen Gesamtentwicklung Europas nicht ohne Schaden auch für die übrigen europäischen Mächte möglich ist. Man war davon überzeugt, daß ein Völkerbund ohne Deutschland ein Torso bleiben müßte. Deutschland ist ihnen dann nach Beendigung des Ruhrkrieges auf halbem Wege entgegengekommen, als Dr. Stresemann sich im Herbst 1924 dazu entschloß, den Westmächten einen Sicherheitspakt anzubieten, der die verschiedenen geäußerten Befürchtungen über die angeblich durch Deutschland bedrohte Sicherheit dieser Mächte beiseitigen sollte. Es kam zu dem Locarnopakt. Die Vertragspartner Deutschlands machten die Inkraftsetzung dieses Paktes von dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund abhängig. Also auch im Rate der Völkerbundsmächte glaubte man auf die Mitarbeit Deutschlands nicht verzichten zu können. Zu Anfang des Jahres 1926 hat dann die damalige Reichsregierung die Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund vollzogen. Es ist bekannt, welche Voraussetzungen sie daran knüpfte, es ist ebenso bekannt, welche vorübergehenden Schwierigkeiten sich dadurch ergaben.

In Deutschland ist der Beitritt zum Völkerbund nicht einheitlich beurteilt worden. Schon lange vor dem offiziellen deutschen Schritt zum Beitritt hatten verschiedene Parteien die deutsche Regierung zum Eintritt in den Völkerbund aufgefordert. Sie haben diese Forderung in wohlüberlegter Weise erhoben, weil sie in dem Völkerbund die auf demokratischer Grundlage aufgebauten Völkergemeinschaft erblickten, die für die gemeinsamen Interessen der Menschheit auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet tätig zu sein berufen sei. Andere Parteien und Volkskreise in Deutschland erblickten in dem Völkerbund in seiner derzeitigen Zusammensetzung und Betätigung nichts anderes als eine Interessengemeinschaft zur Ausbeutung und Unterdrückung der besiegten Staaten und Völker. Auch im Saargebiet waren die Meinungen über die Zweckmäßigkeit eines Beitritts zum Völkerbund geteilt. Wir selbst haben bis zuletzt zu den Gegnern des Völkerbundes in seiner bisherigen Gestaltung gezählt, weil wir auf Grund der Erfahrungen und seines Verhaltens dem Saargebiet gegenüber keine Gewähr dafür sehen konnten, daß der Völkerbund wirklich die ernste Absicht und die Macht habe, unparteiisch für die Rechte und Interessen des Saargebietes einzutreten.

Nehmliche Gesichtspunkte und Bedenken waren zweifellos auch für die deutsche Regierung maßgebend, als sie sich trotz wiederholter Aufforderung einflussreicher Parteien mit der Beitrittsklärung zum Völkerbund nicht allzu sehr beeilte. Nach-

dem bestimmte Voraussetzungen durch die Verhandlungen von Locarno und monatelangen diplomatischen Vorverhandlungen geschaffen waren, ist dann der deutsche Eintritt in den Völkerbund erfolgt. Wir verhehlen nicht, daß mit diesem Schritt der deutschen Regierung Voraussetzungen für die Stärkung der politischen Machtposition Deutschlands und seines machtpolitischen Ansehens geschaffen worden sind. Dabei wird sich aber jeder fühl Urteilende im voraus gesagt haben, daß Deutschland nicht alle Ziele sofort erreichen würde, die mit seinem Eintritt verknüpft waren. Zweifellos haben die Märzentscheidungen des Völkerbundes in der Saarfrage im Saargebiet recht starke Enttäuschung hervorgerufen. Mögen weltpolitische Erwägungen, die dem Saargebiet nicht ohne weiteres erkennbar sind, dafür maßgebend gewesen sein, daß die deutsche Delegation damals der Schaffung eines Bahnhofskorps zustimmte, das Saargebiet erblieb darin jedenfalls auch heute noch eine nicht unbedenkliche Schwächung seiner Rechtsstellung und einer feststehenden Rechtslage.

In der erwähnten Reichstagsitzung hat der deutsche Außenminister kurz auch die Stellung des Völkerbundes in der europäischen Politik gestreift, als er von den moralischen und rechtlichen Abrüstungsverpflichtungen der andern sprach. Er hat unter Hinweis auf die starken Zweifel, die in dem deutschen Volk über den guten Willen der andern in der Abrüstungsfrage entstanden sind, vor aller Offenlichkeit die Frage der moralischen Existenzberechtigung und der Eigengeltung des Völkerbundes in Zweifel gezogen, wenn es ihm nicht gelingen würde, einen Wandel in der Auffassung der alliierten Regierungen über die allgemeine Abrüstung herbeizuführen. Hier ist zum erstenmal von dem Leiter der deutschen Außenpolitik die Aufmerksamkeit der Völker auf eine Tatsache gelenkt worden, die im Saargebiet schon so oft hervorgehoben wurde, die nämlich, daß der Völkerbund als solcher seine Grundsätze gegenüber gewissen nationalen Zielen und machtpolitischen Strömungen innerhalb einzelner Staaten und Völker nicht durchzusetzen vermochte. Er hat mit andern Worten zum Ausdruck gebracht, daß die Völkerbundsidee, wenn auch nicht in ihrer Gesamtheit, so doch in ihren einzelnen Regungen und Richtungen unter dem Einfluß rüstungskräftriger Mächte und interessverbundener Mächtegruppen sabotiert wird.

Die große politische Aussprache im Reichstag am 23. Juni hinterließ nach allem zwei gewichtige positive Momente: Deutschland will den Frieden und die Versöhnung, es verlangt aber Freiheit seines Landes und eine eingeschränkte seiner Souveränität. Die weit ausgreifenden Ausführungen des deutschen Außenministers wurden gedehnt und in ihren Hauptpunkten stark unterstrichen durch die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien. Deutschland verlangt Achtung seines Neutralitätswillens, verlangt Anerkennung seines Friedensstrebens und verlangt schließlich Einlösung eines gegebenen Wortes durch die Besatzungs- und Locarnomächte. Vor eineinhalb Jahren haben diese Mächte feierlich die Verminderung der Besatzungstruppen auf ein normales Maß zugesichert. Diese Zusicherungen waren angekündigte Gegenleistungen für die deutsche Unterzeichnung des Locarnopaktes. Dr. Stresemann hat die betreffenden Mächte in aller Deutlichkeit daran erinnert und eine Darstellung abgelehnt, wie sie jetzt von Poincaré gebraucht wurde, als stelle eine Truppenverminderung eine Konzession dar für deutsches

Wohlverhalten. Eine Verminderung der Truppen in Höhe von 4–5000 Mann hat Dr. Stresemann im Namen des deutschen Volkes als Einlösung des gegebenen Versprechens abgelehnt. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, was unter Normalziffer zu verstehen ist und was man darunter auch in Locarno verstanden hat.

Was Dr. Stresemann und was Abg. Dr. Kaas über das Thema Rheinlandbesetzung am 23. Juni gesagt haben, ist die Aufzeigung des Angelpunktes der deutsch-französischen Verständigungspolitik. Es entspricht in vollem Umfang dem, was Dr. Stresemann im Dezember 1926 in Genf ausführte, daß es nämlich ein ganz unnormaler Zustand wäre, wenn ein Völkerbundesland noch weiterhin die fremde Besetzung anderer Völkerbundesstaaten ertragen müßte. Es ist notwendig, daß über die deutsche Auffassung in dieser Frage keine Unklarheit besteht, wie sie tatsächlich bestanden hat. Es muß mit der Unsicherheit auch in der deutschen Öffentlichkeit ein Ende gemacht werden, welches das Ziel der deutschen Politik in der Rheinlandfrage ist. Das sind wir uns selbst, das sind wir dem Rheinland und dem Saargebiet schuldig. Dr. Stresemann hat das ganz stark unterstrichen, als er erklärte, daß die Besetzungsfrage zunächst eine Frage des Rheinlandes, darüber hinaus aber eine viel weitreichendere Frage geworden ist, nämlich ein Kampf der Gegenseite gegen die Methoden der Locarnopolitik. Mit diesen Worten berührte er auch unausgesprochen die Saarfrage. Der Reichsaufßenminister hat auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus diesem Fragmentkomplex entwindeln können, indem er feststellte: „Wenn in dieser Frage eine von Frankreich gegebene Zusage nicht gehalten wird, und wenn auf einem Gebiet eine Richterfüllung stattfindet, so ist auch die Gefahr vorhanden, daß dies auf andere Gebiete übergreift.“ Dr. Stresemann hat angedeutet, daß die deutsche Öffentlichkeit, d. h. das deutsche Volk und seine Volksvertreter ihre Geduld in dieser Frage verlieren könnten, dann nämlich, wenn sie Zweifel in die Ehrlichkeit der Absichten der Vertragsgegner setzen mühten.

Dr. Stresemann ist dann auf die bekannte Luneviller Rede Poincarés eingegangen. Poincaré hat sich von dem deutschen Reichsaufßenminister sagen lassen müssen, daß die Auflösung der Welt über die deutsche Kriegsführung wie über die Vorgänge im Jahre 1918 schon zu weit vorgeschritten ist, „als daß die Ausgrabungen aus alten Tagen noch Glauben finden könnten.“ Poincaré hat sich weiter sagen lassen müssen, daß er offenbar den tatsächlichen Verhandlungen über die einzelnen Fragen nicht mehr nahe genug steht, um Bescheid zu wissen. Das sind zwei Vorwürfe für einen Staatsmann, die ihn eigentlich unter den führenden Persönlichkeiten der europäischen, der Weltpolitik unmöglich machen mühten. Der Eindruck der Ausführungen des deutschen Außenministers auch gegenüber der Rede Poincarés hat im Parlament und darüber hinaus im In- und Ausland die Überzeugung verstärkt, daß Deutschland sich seines Rechtes, seiner politischen und moralischen Stärke voll bewußt ist. Deshalb durfte Dr. Stresemann erklären, daß Deutschland bereit ist, die Hand zu erfassen, die ihr im Geiste einer Versöhnung entgegengestreckt wird, aber nicht die Hand des Siegers, der sie dem Besiegten reicht.

Von allerstärkster Wirkung im Auslande wird vor allem die Frage Dr. Stresemanns an Poincaré sein: Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? Gallia quo vadis? Wohin geht dein Weg, Frankreich? Deutschland hat den Weg des Friedens gewählt, niemand in Deutschland denkt an einen Krieg mit irgendeiner Macht im Westen oder Osten. Deutschland will aber nun endlich acht Jahre nach dem Friedensschluß Wiederherstellung der deutschen Souveränität. „Wir wollen ein friedliches, aber freies Volk auf deutschem Boden sein.“ Damit hat Dr. Stresemann das Ziel angedeutet, das die deutsche Außenpolitik für die nächste Zukunft verfolgt: vollständige Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, für die Deutschlands Abrüstung und Deutschlands Dawes-Leistungen die Voraussetzungen geschaffen haben. Dr. Kaas hat im Namen der Regierungsparteien und wohl auch im Namen aller übrigen Parteien vor der Öffentlichkeit der Welt festgestellt, daß das deutsche Volk von tiefer Sorge und Enttäuschung über den Stillstand bzw. über die verlangsamte Weiterführung des Werkes von Locarno beherrscht ist, und daß, wenn der Geist, wie er aus den Worten des französischen Minister-

präsidenten hervorgetreten ist, zum Agens der französischen Politik werden sollte, die Hoffnung auf eine dauernde Besiedlung Europas aufgegeben werden mühte, da dann das Werk von Locarno über kurz oder lang zusammenbrechen würde. Dr. Kaas hat mit voller Berechtigung Beweise und endlich Taten für den Frieden von der anderen Seite verlangt, damit die zurzeit bestehende Spannung, „die Krise des Locarno-gedankens“, bald überwunden wird.

Der Völkerbund ist von verantwortlicher deutscher Regierungsseite und von verantwortungsbewußten Führern der deutschen Politik zum erstenmal einer Erörterung unterzogen worden, die sich auf den Grundgedanken der Völkerbundsidee, bezieht. Man hat vor aller Welt festgestellt, daß der Völkerbund eine Entwicklung eingeschlagen hat, die sich mit seiner Grundidee und seinen Grundzielen nicht verträgt. Es ist zum erstenmal, daß von ernsten Völkerbundsfreunden die moralische Existenzberechtigung, die Eigenartung des Völkerbundes in Zweifel gezogen worden ist, falls er nicht in der Lage sein sollte, seinen Grundsätzen Achtung, seinen Zielen Geltung zu verschaffen. Diese Tatsache hat für das Saargebiet eine ganz außerordentliche Bedeutung. Das Saargebiet hat leider nur zu oft, man könnte sagen, seitdem es seiner Verwaltung und seinem Schutz unterstellt ist, berechtigten Anlaß gehabt, die moralische Existenzberechtigung des Völkerbundes zu bezweifeln, da er durch seine Maßnahmen oder durch Duldung von Verwaltungsmethoden an der Saar seine eigenen Grundsätze verleugnet, verlebt hat. Im Zusammenhang mit der Saarfrage ist im Saargebiet, ist vom Bund der Saar-Vereine, ist vom neutralen Auslande immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der Völkerbund seine Pflichten dem Saargebiet gegenüber nicht erfüllt, daß er Vertragsverletzungen duldet und fördert. Diese Hinweise sind wohl mit Rücksicht darauf, daß das Saargebiet im Rahmen der großen Weltpolitik nur eine kleine Rolle spielt, geflissentlich überhört worden. Wir wollen nicht darüber streiten, ob das richtig war, wohl aber feststellen, daß nach unserer Auffassung eine Völkerbundskrise schon so lange besteht, solange der Völkerbund seinen Grundsätzen keine Geltung zu verschaffen vermochte.

Wir glauben trotz der sehr ernsten Sprache, die man im Deutschen Reichstag über den Völkerbund gehört hat, nicht daran, daß ein Krisenpunkt der deutschen Völkerbundspolitik erreicht worden ist. Man wird sich zunächst mit der Tatsache abfinden, daß die Völkerbundstätigkeit sich nicht so sehr in Beschlüssen auswirkt als in der Möglichkeit, in regelmäßigen Zeitabständen die führenden Persönlichkeiten der europäischen Politik zu vertraulichen Aussprüchen zusammenzuführen. Das ist zweifellos im gegenwärtigen Zeitgeschehen eine sehr bedeutsame Nebenerscheinung des Völkerbundes, aber doch immerhin eben nur eine Nebenerscheinung. Wenn der Völkerbund nicht in der Lage ist, sich auf der Grundlage seiner eigentlichen Aufgaben zu betätigen, dann erscheint der für die Völkerbundsmaschinerie aufgezogene Apparat gar zu umfangreich und kostspielig. Die Interessen, die durch die im Völkerbund vertretenen Mächte in Genf zusammenströmen, sind zweifellos widerstreitend genug, daß es nicht möglich ist, jeden einzeln zu seinem Recht, besser zu seinem vermeintlichen Recht kommen zu lassen. Die Überbrückung dieser widerstreitenden Interessen aber soll ja nicht die Hauptaufgabe des Völkerbundes sein. Er hat sich ein höheres, ein ideelles Ziel gestellt, das dem Frieden der Welt, dem Recht der Völker, dem Schutz der nationalen Minderheiten, dem Schutz der sozialen Arbeit gewidmet sein soll. Faßt man das Ergebnis seiner Arbeit auf diesen Gebieten zusammen, so muß leider festgestellt werden, daß er in den acht Jahren seines Bestehens recht wenig geleistet hat. Was besonders die Befreiung der Welt, die Befreiung der Völker von den drückenden Rüstungslasten angeht, hat er völlig versagt, deshalb versagt, weil einflußreiche und rüstungsstarke Mitglieder des Bundes nicht nur diesen Programm-Punkt sabotierten, sondern sich auch einer Pflicht widersezen, die für diese Staaten aus dem Versailler Vertrag und aus der Abüstung Deutschlands erwachsen ist.

Unter Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte muß man dem deutschen Reichsaufßenminister Dank dafür wissen, daß er mit rückhaltloser Offenheit die Gefahren aufgezeigt hat, die sich für den Völkerbund ergeben, wenn er nicht alles daran setzt, um seine Existenzberechtigung durch die Tat, durch Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben zu beweisen.

Amtsantritt des neuen Saarpräsidenten.

Der neuernannte Präsident der Saarregierung, Sir Ernest Wilton, hat am 20. Juni sein neues Amt angetreten. Die Übergabe der Amtsgeschäfte durch den bisherigen Präsidenten Stephens konnte erst am 27. Juni erfolgen, da Herr Stephens zur Regelung persönlicher Angelegenheiten verreist war. In der Saarpresse ist die Amtsübernahme des neuen Präsidenten von Erörterungen darüber begleitet worden, was man von Herrn Wilton erwartet. Fast allgemein wird betont, daß man strengste Neutralität und Objektivität im Sinne des Auftrags erhofft, den der Völkerbund in seiner Instruktion an die Saarregierung dahin festgelegt hat, „keine andere Aufgabe zu kennen, als das Recht und das Wohlergehen der Bevölkerung“. „Es wird“, so heißt es beispielsweise in der „Neunkirchener Volkszeitung“, „an Sir Ernest Wilton selbst liegen, wie das Saargebiet, für das es in den Fragen seiner deutschen Vergangenheit und seiner Kulturgemeinschaft mit Deutschland keinerlei Meinungsverschiedenheiten gibt, sich auf ihn einstellt.“ Die „Saarbrücker Zeitung“ glaubt auf Grund der über die Person des neuen Präsidenten bekannt gewordenen Mitteilungen an eine überparteiliche Geschäftsführung durch den neuen Präsidenten. Das Interesse Englands an den deutschen Angelegenheiten sei nicht gewachsen, das Verhältnis der beiden Länder zueinander sei korrekt geblieben. Deshalb liege kein Anlaß vor, von dem Vertreter Englands in der Saarregierung eine andere als korrekte und neutrale Haltung zu erwarten. Der neue Präsident werde, wenn er sich bei objektiven Persönlichkeiten erkundige, erfahren, daß die Bevölkerung im Saargebiet ihr schweres Schicksal, vom Vaterlande abgetrennt zu sein, mit großer Geduld ertragen habe. Er werde hören, wie hoffnungsvoll und friedlich, zumal im vergangenen Jahre, als Präsident Rault ging und die deutsch-französische Annäherung gute Fortschritte zu machen schien, hier die Stimmung war. Damals wäre der rechte Zeitpunkt gewesen, eine Politik der Versöhnung auch im Saargebiet einzuführen, die bei der Bevölkerung volles Verständnis gefunden hätte. Sir Ernest Wilton wisse, daß man eine hochkultivierte Bevölkerung mit stolzer Vergangenheit nicht auf die Dauer entrichten und ausbeuten könne, ohne tiefe Konflikte auszulösen. Das Saargebiet wolle nichts als „Fair play“. Das sei nicht zu viel verlangt.

Wir haben unsere Auffassung, die wir über den Präsidentenwechsel im Saargebiet haben, bereits in der letzten Nummer des „Saaer-Freund“ zum Ausdruck gebracht. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Nachdem Herr Wilton nach seiner persönlichen Vorstellung beim Völkerbund in Genf sich nach kurzem Aufenthalt in Saarbrücken vor offizieller Übernahme seiner Amtsgeschäfte nochmals nach London begeben hat, kann man darauf schließen, daß er sich dort seine Instruktionen über die Durchführung seiner Aufgaben in der Saarregierung geholt hat. Ebenso wenig, wie wir seinerzeit die ständigen Instruktionsreisen Herrn Raults nach Paris in Übereinstimmung zu bringen vermochten mit der Urparteilichkeit der Amtsführung des Saarpräsidenten Rault, ebenso wenig könnten wir es für gerechtfertigt halten, wenn Herr Wilton seine Instruktionen in der Hauptsache aus London erhielte, obwohl wir hoffen, daß diese einwandfreier sein würden, als wie diese, die sich seinerzeit Herr Rault ständig aus Paris geben ließ.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben auf entsprechende, wie sich gezeigt hat nur zu berechtigte Bedenken der deutschen Friedensdelegation in Versailles über die Abhängigkeit der Saarregierung von Paris erklärt, „daß die Saarregierung keiner andern Macht verantwortlich sei, als dem Völkerbund“. Bisher haben wir die Einlösung dieser Versicherung vermisst. Die Saarregierung erhielt bisher ihre Instruktionen fast ausschließlich aus Paris. Auch heute ist diese direkte Leitung noch nicht unterbrochen, da Herr Stephens nicht die Kraft aufbrachte, Herrn Morize als unmittelbaren Vertrauensmann der französischen Regierung in seine Schranken zu weisen. Ob es Herrn Wilton gelingen wird, wird die Zukunft zeigen. Wesentlich hierfür wird es sein, ob es möglich sein wird, die frankophile Mehrheit der Saarregierung zu beseitigen, die bekanntlich durch das französische, tschechische und belgische Mitglied noch immer bestehen bleibt.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldete vor kurzem, die bevorstehende Zurückberufung des belgischen

Mitgliedes Lambert, die bekanntlich von dem belgischen Außenminister Vandervelde schon im März zugesagt worden ist. Wir fürchten, daß es sich hier um eine voreilige Meldung handelt. Die Abberufung Lamberts ist bekanntlich schon mehrfach erwogen worden, sie ist an dem Widerstand Frankreichs gescheitert. Es wäre denkbar, daß England, nachdem es sich auch durch die Entsendung eines Truppenkontingents für den Saarbahnhof aktiv für die Saarfragen eingesetzt hat, eine entsprechliche Tätigkeit des jetzigen Saarpräsidenten nur für möglich hält, wenn die frankophile Mehrheit der Saarregierung beseitigt wird. Offenbar schwelen darüber zurzeit noch diplomatische Verhandlungen, vor allem zwischen London und Paris. Von ihrem Ausgang dürfte das Schicksal Lamberts und die endgültige Auswahl seines Nachfolgers abhängen. Sollte diese Frage im Sinne der berechtigten Forderungen des Saargebiets erledigt werden, dann könnte man auch auf eine vertragsgemäßere Verwaltung des Saargebiets rechnen. Nicht früher, trotz des Herrn Wilton!

Wir haben bereits angedeutet, daß Herr Wilton und England ihr Prestige im Saargebiet aufs Spiel zu setzen haben: Ist Herr Wilton der korrekte Mann, als der er mehrfach bezeichnet wurde, dann wird er gemäß der Völkerbundsinstruktionen sich in erster Linie beim Völkerbund Rat holen. Die nächsten Wochen schon werden erweisen, ob Herr Wilton sich mit seiner ganzen Person und mit seinem diplomatischen Ruf für die Wohlfahrt und für die Rechte der Bevölkerung einsetzen will, oder ob er, wie seine Vorgänger, eine französische Nebenregierung im Saargebiet zu dulden gewillt oder — verpflichtet ist.

Am 27. Juni hat sich der bisherige Präsident Stephens in einer Botschaft an die Bevölkerung des Saargebiets von dieser verabschiedet. Er findet in diesem Abschiedsgruß Worte, die zu verraten scheinen, daß er zwar den Willen hatte, für die Rechte der Bevölkerung zu wirken, daß aber „Ereignisse, die ich nicht voraussehen konnte“ — wie er sich ausdrückt —, ihn an der Durchführung seiner Absicht hinderten. Er gebraucht andererseits Worte, die uns weniger gefallen und nach unserer Überzeugung nicht den Mut öffentlichen Bekennens verraten, den wir schon einmal von ihm erwartet haben. Er spricht davon, daß er „getreu der mit seinem Amt übernommenen Verpflichtung sich aufrichtig bemüht habe, in allen Saarfragen die Rechte der Bevölkerung zu vertreten“. Er schränkt diese Worte selbst dadurch ein, daß er hervorhebt, gleichzeitig „auch die Rechte berücksichtigt zu haben, die Frankreich durch den Friedensvertrag gesichert sind“. Wir haben, als Herr Stephens seine Präsidialgeschäfte übernahm, ihn gebeten, sich die Saarstatutbestimmungen noch einmal genau anzusehen, desgleichen die ihm vom Völkerbund gewordenen Instruktionen. Hätte er das getan, dann wäre es ihm sicherlich nicht schwer gefallen, festzustellen, daß sein Vorgänger „mit Unterstützung seiner Kollegen in der Saarregierung“ in sehr zahlreichen Fällen die Rechte der Saargebietbevölkerung außer Acht gelassen, die Rechte Frankreichs mehr als reichlich berücksichtigt und außerdem Frankreich Rechte eingeräumt hat, auf die es keinen Anspruch erheben durfte.

Wenn Herr Stephens heute glaubt, der Saargebietbevölkerung seinen guten Willen besonders vor Augen führen zu sollen, indem er erklärt, „daß er die Vertreter der Bevölkerung empfangen, ihre Wünsche angehört und ihre Angelegenheiten mit ihnen besprochen habe“, so müssen wir leider auch hier den süßen Wein des Herrn Stephens etwas verwässern. Er stellt sich selbst als schlechter Landesvater und als noch schlechterer Verwaltungsbeamter hin, wenn er aus seiner Fühlungnahme mit der Bevölkerung nicht hätte ersehen können, wo ihr der Schuh drückt. Mit dem Anhören der Wünsche und mit dem Besprechen von Angelegenheiten ist es nicht oplat, wenn nicht damit Hand in Hand eine Milderung der Not, eine Abstellung der Beschwerden, eine Wiedergutmachung des Unrechts geht. Herrn Stephens wird es nicht verborgen geblieben sein, daß die Not der Saargebietbevölkerung größer und größer geworden ist, daß die Beschwerden kein Ende nahmen, und daß den Rechten der Bevölkerung bei weitem nicht entsprochen worden ist. Wir wollen anerkennen, daß er den Willen dazu gehabt hat; daß er ihn nicht hat durchführen können, lag vielleicht nicht in seiner Macht, nicht in seiner Kraft. Er hätte aber dann an zuständiger Stelle, nämlich beim Völkerbund mit gleicher Offenheit klarlegen sollen, wie seinerzeit sein Landsmann Waugh, wo die Saboteure der Rechte und

Der Wohlfahrt der Bevölkerung zu suchen sind. Wenn sein Wille ernstlich bestand, entsprechend seines Auftrages sich für die Rechte der Bevölkerung einzusetzen, dann durfte er nicht davor zurückschrecken, den Kampf gegen die frankophile Uebermacht in der Saarregierung aufzunehmen. Als Präsident der Saarregierung hatte er das Recht, beispielsweise in der Frage der französischen Besatzung zu erklären, daß die Saarstatutbestimmungen jegliche Besatzung, auch die Unterhaltung einer Bahnhüttgruppe untersagen. Er hätte angesichts der steigenden Not und ihrer Ursachen die Abänderung des Paragraphen 31 des Saarstatuts, der die Einverleibung des Saargebiets in das französische Zollregime vorschreibt, verlangen müssen; denn über dem Recht Frankreichs an der Saar steht die Wohlfahrt der Bevölkerung.

Wir wollen trotz allem Herrn Stephens zugute halten, daß er versucht hat zu kämpfen; er ist jedoch im Kampf vorzeitig erlahmt, vielleicht war seine Gesundheit diesem Kampf nicht gewachsen. Weil man diese Empfindung im Saargebiet von ihm hat, weil man sie durch sein persönliches Verhalten der Saargebietbevölkerung gegenüber gewonnen hat, deshalb durfte er trotz allem manche Erinnerung im Saargebiet zurücklassen, Erinnerungen, die auf seinen guten Willen deuten. Er wird nicht lang- und langlos verschwinden, wie 1½ Jahr vorher sein Vorgänger Rault.

Die Aufgabe seines Nachfolgers wird es sein, sich den guten Willen Stephens' zur Grundlage seines Handelns zu machen, das bestimmt sein muß von der Forderung der Saarstatutbestimmungen und der Völkerbunds-Instruktion: keine anderen Aufgaben zu kennen, als die Wohlfahrt und die Rechte der Bevölkerung.

Darum zuerst Abbau der Frankreich zu Unrecht eingeräumten Rechte, Abbau der Not der Bevölkerung, Aufbau des vorgeschriebenen Rechtszustandes!

*

Die Abschiedsworte des Herrn Stephens.

Der scheidende Präsident der Saarregierung Stephens richtete an die Bevölkerung des Saargebiets folgende Botschaft:

Ereignisse, die ich nicht voraussehen konnte, haben mich gezwungen, mein Amt als Präsident der Regierungskommission des Saargebiets niederzulegen.

Mehr als 3½ Jahre hindurch war es mir vergönnt, den Völkerbund zu vertreten und dem Lande erst als Finanzminister, dann als Präsident zu dienen.

Gretu der mit meinem Amt übernommenen Verpflichtung war ich aufrichtig bemüht, in allen Saarfragen die Rechte der Bevölkerung zu vertreten, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Rechte, die Frankreich durch den Friedensvertrag gesichert sind.

In diesen Bestrebungen bin ich zu meiner Freude von meinen Kollegen in der Regierungskommission unterstützt worden, die sich von demselben Geist haben leiten lassen.

Wenn es mir gelungen sein sollte, der Saarbevölkerung Dienste von dauerndem Werte zu leisten, so wäre dies die schönste Genugtuung, die mir je beschieden war.

In der Ausübung meines Amtes hatte ich stets die menschliche Seite des Saarproblems vor Augen und nahm als Mensch Anteil an ihren Sorgen und an ihren Bestrebungen.

Daher habe ich mein Haus bereitwilligst jedem geöffnet, habe stets Ihre Vertreter empfangen, habe Ihre Wünsche angehört und Ihre Angelegenheiten mit Ihnen besprochen.

Ich studierte die Geschichte und Literatur Ihres Volkes, lernte Ihre Einrichtungen und Gesetze kennen.

In meinem Bestreben, alle Saarfragen in ihrer wahren Bedeutung zu erfassen, standen Sie mir zur Seite mit Ihrem Rat, Ihrer Sympathie und Ihrer bewundernswerten Gastfreundschaft.

Diese Beweise des Vertrauens haben mich tief gerührt und werden mir unvergänglich bleiben. Von allen verantwortungsreichen Aufgaben, die mir im Laufe meines Lebens übertragen wurden, gilt mir als ehrenvollste der Vorzug, der Saarbevölkerung gedient zu haben. Ich lernte Ihre schöne Heimat lieben, deren ehrliche und aufrichtige Bevölkerung, und habe unter Ihnen wahre Freunde gefunden, deren ich stets treu und herzlich gedenken werde.

Für alle meiner Frau und mit bewiesene Güte und Gastfreundschaft sage ich hierdurch der Saarbevölkerung unseren innigsten Dank. Ganz besonders danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie einem Kanadier entgegenbrachten, der bestrebt war, seine Pflicht zu tun.

Ich verlasse das Saargebiet, beseelt von dem Wunsche, daß die zahlreichen noch schwelenden Fragen in den kommenden Jahren eine günstige Lösung finden mögen, und wünsche Ihnen von ganzem Herzen Gedeihen, Gesundheit und langes Leben.

(gez.) G. W. Stephens.

Die Auswirkungen des Eisenbahnstreckenraubes.

Große finanzielle Verluste für die Saarbahnenverwaltung.

Unsere Saardelegation hat anlässlich ihrer Anwesenheit in Genf dem deutschen Reichsaufßenminister eine Denkschrift überreicht, in der u. a. ausgesprochen ist, daß die französische Wirtschaft sich außerstande gezeigt habe, die Saarkohlen restlos aufzunehmen. Dadurch, daß die Kohlensförderung der wiederhergestellten ehemals zerstörten Gruben in Nordfrankreich — als Ersatz für den Förderungsausfall dieser Gruben waren die saarländischen Kohlenbergwerke im Versailler Vertrag dem französischen Reiche zugesprochen worden — heute höher ist als vor dem Kriege; weil ferner in den letzten Jahren viele Millionen Tonnen Kohlen — durchschnittlich zwei Millionen Tonnen wurden allein jährlich durch die Saarbahnen befördert — aus den Saargruben noch hinzukommen, ist eine Übersättigung eingetreten.

Erläuternd mag hier daran erinnert werden, was in den letzten Tagen betreffs eines französischen Kohle-einfuhrverbotes ausländischer Kohle von Paris aus gemeldet wurde, wonach der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardeu, Auflösung über das Regierungsverbot gab. Senator Tissier forderte den Minister auf, sich über die Kohlenpolitik der Regierung im allgemeinen und die Anwendung des Dekrets betr. die Einfuhr von Auslandskohlen im besonderen zu äußern. Tardeu erklärte, das fragliche Dekret komme nur in Frage für die großen öffentlichen Dienststellen, die nur vierzehn $\frac{1}{10}$ des gesamten Verbrauchs an ausländischer Kohle bis jetzt verwandt hätten. Er habe die Maßnahmen des Einfuhrverbots getroffen, damit die französischen Gruben, die 2,5 bis 3 Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden angesammelt hätten, diese Vorräte ver-

laufen könnten. Seine Maßnahme sei also erfolgt, um den Grubenarbeitern ohne Herabsetzung der Löhne die Arbeit zu gewähren. Er hoffe in einigen Monaten die normale Lage wieder herstellen zu können.

Diese Nachricht beweist mehr als deutlich, daß Frankreich heute keine Saarkohle mehr braucht, weil es im Lande selbst genügend fördert, auf der anderen Seite Absatzgebiete fehlen. Daher auch die mächtigen Haldenbestände im Saargebiet, die gegenwärtig etwa eine halbe Million Tonnen betragen und bei weiteren Feierschichten sich in den Sommermonaten kaum vermindern werden. Man scheint auch keine Lösung zu finden, dem Absatzmangel endlich abzuheben.

Diesen Absatzmangel glaubt die französische Grubenverwaltung einfach dadurch abstellen zu sollen, daß sie Feierschichten einlegt, ohne Rücksicht auf die Notlage der vielen saarländischen Bergarbeiter, die bei den höchst unsozialen Lohnverhältnissen nun noch unverschuldetem — die Schuld trifft allein die französische Grubenwirtschaft — feiern muß, was zur Folge hat, daß sich die Lage der Bergarbeiterchaft täglich verschlechtert.

Inwieweit die Behauptung, die in der Denkschrift der Saardelegation niedergelegt ist, richtig ist, das beleuchten wohl ziemlich klar die in nachstehender Zusammenstellung angegebenen Zahlen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß bei dem Kohlen- und Koksversand durch die Saarbahn der Landabsatz und die Flußverfrachtung in Luisenthal nicht einbezogen ist. Das Fehlen dieser Zahlen dürfte u. E. das Gesamtbild kaum wesentlich beeinträchtigen.

Grube	Saarbahn-Kohlen u. Rölsversand in 1000 Tonnen				
	1922	1923	1924	1925	1926
Altenwald	462	520	644	585	429
Bergbach	386	348	512	481	348
Brefeld	238	278	376	341	275
Camphausen	448	521	618	586	477
Dechen	258	221	297	290	230
Dudweiler	517	595	712	639	478
Ensdorf	—	—	55	129	
Eichenhöfen	132	191	189	151	130
Friedrichsthal	263	338	421	352	263
Göttelborn	310	304	441	441	375
Griesborn	264	295	425	398	266
Heinitz	469	498	671	581	450
v. d. Heydt	237	321	422	390	281
Ichenplitz	211	279	331	239	183
Kohlwald	306	348	454	379	320
König	240	217	261	226	174
Luisenthal	425	427	594	585	428
Manbach	617	701	899	826	663
Neunkirchen	73	145	157	177	117
Püttlingen	403	422	493	442	355
Reden	850	961	1 265	1 154	928
Saarbrücken-Jägersfreude	237	348	454	422	444
Saarbrücken-Mallstatt	77	87	53	77	48
St. Ingbert	169	226	275	282	215
Sulzbach	221	280	330	294	252
Schlaverie	12	38	—	—	—
Welsen	454	593	701	575	426
	8 279	9 450	11 995	10 918	8 687

Dass die Absatzzahl für 1926 im Jahre 1927 wohl kaum erreicht werden wird, dürfte im Hinblick auf die Feierschichten der vergangenen Monate und die noch folgenden nicht bezweifelt werden. Es darf wohl mit noch weiterem Sinken des Absatzes gerechnet werden.

Da diese Millionen von Tonnen, wie gesagt, durch die Bahn nach Westen befördert werden, dürften wir gleichzeitig ein Bild gewinnen über den Verlust der Geldeinnahmen, die die Saarbahnen durch die Beschlagnahme der etwa 40 Kilometer langen Eisenbahnstrecken der ehemaligen elsässisch-lothringischen Reichseisenbahnen erleiden (siehe: „Der Kohlen- und Eisenbahnstreckenraub“ in Nr. 10 des „Saarförder“ vom 15. Mai 1927). Dies zeigt in etwa die nachfolgende Zusammenstellung:

in	Es kommen an oder gehen ab (reiner Ortsverkehr)		Die Sendungen laufen üb. Saar- gebietsgrenze bei	Mithin t/km auf den geraubten Strecken
	jährlich Tonnen	oder Eisen- bahnwagen zu je 20 t		
Böllingen	890 000	44 500	Ueberherrn	14 240 000
Dillingen	970 000	48 000	Kerprichhemsdorf	12 610 000
Hostenbach (West)	56 000	2 800	Ueberherrn*	448 000
Metz	9 000	450	Mondorf	90 000
Bous	70 000	3 500	Ueberherrn	770 000
	1 995 000	99 250		28 158 000

* Je zur Hälfte über Böllingen und Ueberherrn berechnet.

Nun ist zu bedenken, dass diese Zahlen, die aber schon viel, sehr viel bedeuten, nur einen Teil darstellen von den gesamten, auf dem Wege der Saarbahnen beförderten Sendungen, die gleichzeitig die geraubten Eisenbahnstrecken passieren. Unberücksichtigt geblieben sind diejenigen Sendungen, die von oder nach anderen

Stationen als Böllingen, Dillingen, Hostenbach-West, Metz und Bous kommen oder gehen, und die auf den geraubten Eisenbahnstrecken von insgesamt 11 Kilometer befördert werden. Diese Sendungen dürften nach sachmännischer Schätzung weit größer sein, als die in vorstehender Tabelle dargestellten. Erwähnt seien nur die gewaltigen Erzsendungen, die täglich aus dem französischen Erzgebiet nach den verschiedenen Eisenhütten des Saargebietes einlaufen, ebenso der gesamte Kohlensversand von Station Hostenbach-Ost.

Die Erzsendungen für die Werke in Böllingen und Dillingen laufen wohl ausnahmslos über vollständig beschlagnahmte Strecken, und zwar Diedenhofen-Dillingen und Diedenhofen-Böllingen, also frühere Strecken der elsässisch-lothringischen Reichsbahnen. Nach einer ziemlich zuverlässigen Statistik würden in den vergangenen Jahren die Einnahmen der Saarbahnverwaltung für die Transporte nach Böllingen — die Strecke von Ueberherrn (Grenze) bis Böllingen beträgt rund 16 km — von etwa 9 Millionen t/km im Jahre 1922, über 10 Millionen t/km im Jahre 1923, von etwa 15 Millionen t/km im Jahre 1925, von schätzungsweise 16 Millionen t/km im Jahre 1926 entgehen. Es braucht also nur die Preiszahl der pro Kilometer transportierten Tonne eingesetzt zu werden, um die Summe zu gewinnen, deren die Saarbahnverwaltung verlustig geht; sollte die Berechnung in einer höheren Wegeeinheit als ein Kilometer erfolgen, so ändert dies an dem Bild nichts. Dillingen erhält seine Erze über die im Saargebiet liegende Strecke Kerprichhemsdorf-Dillingen. Auf dieser Strecke wurden im vergangenen Jahre schätzungsweise 709 000 Tonnen Erz transportiert, was bei einer Strecke von rund 19 km den Einnahmeverlust von über 9 Millionen t/km für die Saarbahnen bedeutet.

Wie die Beobachtung zeigt, erhalten auch die Neunkircher Eisenwerke ihr Erz über Dillingen; diese Sendungen würden also auch die beschlagnahmte Strecke Kerprichhemsdorf (Saargrenze)-Dillingen passieren. Falls dieses Werk sämtliche Erze über diese Strecke empfängt, würden der Saarbahnverwaltung verlustig gegangen sein die Einnahmen von weit über 1 Million t/km im Jahre 1924, von über 1,2 Millionen im Jahre 1925 und schätzungsweise von der gleichen Summe im vergangenen Jahre 1926. — Schon bei Berücksichtigung dieser statistischen Angaben wird man sich ein Bild machen können von den Verlustsummen, die die saarländischen Bahnen, soweit es sich um die auf saarländischem Gebiete liegenden Eisenbahnstrecken handelt, in den vergangenen Jahren zu verzeichnen haben.

Ein weiterer, beträchtlicher finanzieller Verlust ist in den entgegengesetzten Einnahmen des Personenverkehrs zu erblicken, soweit er sich über die beschlagnahmten 41 Kilometer Bahnstrecken abwickelt. Zweifellos könnte mit diesen Geldern und vor allem denjenigen, deren die Saarbahnverwaltung verlustig geht, das sie den Kohlen-, Röls- und sonstigen Güterverkehr ohne jegliche Entschädigung sich auf geraubten saarländischen Bahnstrecken abwickeln sieht, ein großer Teil des Defizits gedeckt werden, das der Etat der selbständigen Saarbahndirektion jährlich aufzuweisen hat. Nun wird es ja sehr schwierig sein, die Summe zu erfahren, die der Personenverkehr auf den geraubten 41 Kilometern der jetzigen französischen Staatsbahn einbringt. Immerhin lässt sich nach den obenstehenden Tabellen ein kleiner Überblick gewinnen über den Nutzen, den der französische Bahnskut seit Jahren wider alles Recht einheimst. Wir haben somit alle Veranlassung, wenn wir den Blick der Öffentlichkeit auf dieses Unrecht lenken, das darin besteht, dass man Frankreich weiterhin die 1918 geraubten Saarbahnstrecken auch weiterhin beläßt.

H. P. Buchleitner.

„Zugeständnisse“ in der Saarfrage.

Wenn wir wissen wollen, in welch ohnmächtiger Lage sich Deutschland auch heute noch innerhalb der europäischen Mächtegruppe befindet, die vorgibt, für den europäischen Frieden zu wirken und für den menschlichen und kulturellen Fortschritt einzutreten, dann braucht man nur den sogenannten Versailler Friedensvertrag zur Hand zu nehmen und die einzelnen Bestimmungen darin zu vergleichen mit dem, was sich auf den in diesen Bestimmungen behandelten Gebieten in Wirklichkeit zuträgt. Es gibt nicht eine Bestimmung in diesem Schandvertrag von Versailles, die von unseren Vertragsgegnern angewendet und aus-

gelegt würde, wie ihr Wortlaut und Geist es festlegen. In den letzten Wochen ist in der Presse und in den Parlamenten viel die Frage der Rheinlandräumung erörtert worden, eine Frage, die der deutsche Reichsaußenminister im Dezember vorigen Jahres in Genf dahin kennzeichnete, dass es eine Unnatürlichkeit wäre, wenn Deutschland als Völkerbundstaat von Truppen anderer Völkerbundstaaten weiterhin besetzt gehalten würde. Er hat weiterhin bei einer späteren Gelegenheit erklärt, dass die deutsche Regierung sich vorbehalte, die Zurückziehung der Besatzungsarmeen auf Grund des Artikels 431 des Versailler Ver-

trages zu fordern. Dieser Artikel 431 hat für Deutschland und für die deutsche Zukunftsentwicklung eine außerordentlich große politische Bedeutung. Er stellt nämlich fest, daß „die Besatzungsstruppen sofort zurückgezogen werden“, wenn Deutschland vor Ablauf der für die Besetzung deutschen Gebietes vorgesehenen 15 Jahre allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrage erwachsenen Verpflichtungen Genüge leistet. Es heißt ausdrücklich „Genüge leistet“, nicht Genüge geleistet hat.

Und was erleben wir in diesen Tagen? In Frankreich und in anderen Ententeländern begegnet man ganz allgemein der Auffassung, daß an eine Räumung der deutschen rheinischen Gebiete vor 1935 gar nicht zu denken ist. Nicht etwa, daß man sich hierbei auf irgendeine Bestimmung des Versailler Vertrages beruft, man begründet diese Haltung einfach mit der politischen Lage, nach welcher die Räumung der Rheinlande „aus allgemeinen Sicherheitsgründen“ nicht zugelassen sei. Das Eigenartige bei dieser Tatsache ist, daß die deutsche Offenlichkeit, die eine zeitlang sehr energisch die Stresemannsche Anmeldung der deutschen Forderung auf umgehende Räumung der Rheinlande unterstützte, plötzlich über diese Frage völlig schweigsam geworden ist. Sie hat sich von der französischen Presse tatsächlich dahin beeinflussen lassen, lediglich eine Erörterung der Frage der Verminderung der Rheinlandbesetzung vorzunehmen. Wo bleibt hier die Vertragserfüllung von der anderen Seite?

Ein weiteres Beispiel: Völkerbundssatzung, Versailler Bestimmungen und Lokarnopakt stellen übereinstimmend fest, daß die deutsche Abrüstung die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein sollte. In Genf hat vor kurzem eine internationale Aussprache über die allgemeine Abrüstung zur Einleitung der internationalen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes stattgefunden. Auf dieser Konferenz wurde mehr über Auf- als über Abrüstung gesprochen. Kein Beschluß ist zustandegekommen, der irgendeine Bindung irgendeines Landes in der Richtung der Abrüstung der internationalen Heere bedeutete. Man verleugnet einfach die Existenz von Bestimmungen, die die allgemeine Abrüstung fordern. Reichswehrminister Dr. Gehler hat mit Recht auf die Konsequenz dieser Tatsache hingewiesen, wenn er erklärt, daß, falls sich die anderen zur Abrüstung nicht bereit erklären, nur übrig bleibt, daß Deutschland im Rahmen der Rüstungen unserer Nachbarn wieder aufstößt, damit es den Forderungen des Versailler Vertrages über die Reichswehr nachkommen kann, nämlich seine Grenzen gegen Angriffe von außen zu schützen.

Ganz übel sieht es mit der Vertragserfüllung der anderen auch in der Saarfrage aus. In Genf ist bekanntlich ein Kompromiß zustandegekommen, das im Saargebiet starke Enttäuschung und größte Bedenken ausgelöst hat, aber auch im übrigen Deutschland nicht befriedigen konnte. Trotzdem bringt es

die Londoner „Times“ fertig, in einem Leitartikel zu erklären, daß Deutschland in Genf „positive Zugeständnisse in der Saarfrage erlangen konnte“. Welches sind diese positiven Zugeständnisse? Das englische Blatt meint damit den Bahnschutz, der an Stelle der französischen Saarbesetzung in Genf beschlossen worden ist und der jetzt auch tatsächlich in das Saargebiet eingezogen ist. („Eingezogen“ ist nicht der richtige Ausdruck; richtiger müßte es heißen „umgezogen“.) Der Bahnschutz ist nämlich nichts anderes als der Fortbestand einer verkleinerten Besetzung. Man kann das Saarstatut, die Versailler Bestimmungen und das Völkerbundstatut von A bis Z durchsehen, man wird vergeblich nach einer Bestimmung suchen, die von einem Bahnschutz im Saargebiet handelt. Die „Times“ sieht aber das als „Zugeständnis“ an, was in Wirklichkeit eine Vertragsverletzung darstellt. An dieser Stelle ist so oft der Artikel 30 des Saarstatuts zitiert worden, der jeden Heeresdienst im Saarbedien verbot und zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Einrichtung nur einer örtlichen Gendarmerie vorschreibt. Der Völkerbund hat aber den ungeheuerlichen Vertragsbruch geduldet, den Frankreich an der Saar damit beging, daß es entgegen den Versailler Bestimmungen an der Saar eine Besatzungstruppe bis auf den heutigen Tag unterhielt. Es kommt hierbei auch keine Ausslegungsfrage oder eine Unklarheit der Bestimmungen in Betracht, weil die Untersagung jeglichen Heeresdienstes im Saargebiet so unzweideutig ist, daß man die Aufrechterhaltung der französischen Saarbesetzung einschließlich die Aufstellung des getarnten „Bahnschutzes“ eben nur als Absicht zur Vertragsverletzung bezeichnen kann.

In dem Augenblick jedenfalls, wo der Völkerbund endlich unter Einfluß der deutschen Völkerbundsmitgliedschaft sich zu dem Beschluß der Verweisung französischen Militärs aus dem Saargebiet entschließt, leistet er sich eine Verleugnung der Vertragsbestimmungen, indem er als Ersatz für die französischen Besatzungstruppen einen „Bahnschutz“ bestimmt, der, wie eben erwähnt, nichts als die Fortsetzung einer verkleinerten Besatzungstruppe ist. Die „Times“ aber nennt das ein „positives Zugeständnis“ an Deutschland, wo es sich in Wirklichkeit um die abermalige Einschränkung eines längst fälligen Räumungsbeschlusses handelt.

Könnte man erschöpfend alle jene Verleugnungen der Versailler Bestimmungen durch die Entente zusammenfassen, man käme zu einem Dokument, das als größte Schande des 20. Jahrhunderts in der Geschichte fortleben würde, weil es den ungeheuren Umfang absichtlicher, böswilliger, habhaftiger Vertragsverletzungen enthielte, die je in einer Zeit von einem Kulturvolk einem andern gegenüber verübt worden ist. Möchte das deutsche Volk endlich erkennen, in welch furchtbare Lage es sich auch heute noch befindet, weil es nicht einig werden kann, wenn es sich darum handelt, seine verbrieften Rechte der ihm feindlichen Welt gegenüber zu vertreten.

Schulgeldpolitik der Saarregierung.

In der „Saarländischen Schulzeitung“ wird unter der Überschrift „Lohnabbau und Schulgeld erhöhung“ eine „Zuschrift aus Leserkreisen“ abgedruckt, die recht eigenartige Rückschlüsse auf die Schulgeldpolitik der Saarregierung zuläßt. Wenn diese Zuschrift auch von dem Kern des hier in Rede stehenden Problems etwas weit abhängt, so sei den Ausführungen hier doch Raum gegeben, da sie auch gewisse andere mit der Schulpolitik der Saarregierung zusammenhängende Fragen andeutet. In der erwähnten Zuschrift heißt es u. a.:

Die Regierungskommission hat an ihren höheren Schulen das Schulgeld gesteigert. Jetzt ist sie dabei, die Patronatsgemeinden zu zwingen, daß diese ihrerseits auch die Schulsätze ihrer höheren und Mittelschulen „aufbessern“.

Die ersten Schülerabmeldungen sind bereits erfolgt: „Mein Vater kann das Schulgeld nicht mehr bezahlen“. Blutenden Herzens und machtlos muß der Lehrer dulden, daß fähige Schüler vor der Zeit die Schule verlassen.

Die Gemeinden können nicht viel dazu tun. Die Regierung hat sie in der Hand. Sie will die staatlichen Beihilfen zu den Schulunterhaltungskosten streichen, wenn man ihrem Wunsche nicht nachkommt. Die Stadt Saarbrücken denkt an eine nach Einkommen und Vermögen der Eltern gestaffelte Schulgeldordnung. Man vermehrt auch bereitwillig die Freistellen. Und man protestiert; man protestiert.

Wenn ein Hauswirt mit der Miete ausschlagen will, so muß er mindestens einen halben Monat früher dem Mieter Mit-

teilung machen. Es gibt Schulen, da hat man erst Wochen nach den Osterferien die Eltern von der Erhöhung des Schulgeldes benachrichtigt. So mancher arme Familienvater hat nur nach langem Zögern und Rechnen seinen Jungen auf der Schule lassen; schon der alte, niedrigere Schulgeldsatz drückte ihn schwer. Jetzt verlangt man nachträglich mehr von ihm und beraubt ihn der Möglichkeit, durch rechtzeitiges Abmelden eine erhöhte Ausgabe zu vermeiden. Er muß für mindestens ein Vierteljahr zahlen, trotzdem er seinen Jungen des erhöhten Schulgeldes wegen abmelden wird. Ist diese Ausgabe, zu der er genötigt wurde, nicht fortgeworfenes Geld? Und hat der Schüler nicht Zeit verloren? Hätte er an Ostern nicht leichter und besser eine Stellung gefunden als an Pfingsten? Wie im Wirtschaftsleben der Monat als Zeiteinheit gilt, in der laufende Verpflichtungen nicht geändert werden dürfen, so müßte auch für das Schulleben festgesetzt werden, daß das Schulgeld nur vom 1. April jedes Jahres erhöht werden darf und daß diese Erhöhung den Eltern rechtzeitig mitzuteilen ist.

Man muß sich fragen, welche Absichten hinter der Schulgeld erhöhung stehen. Man spricht davon, daß man die deutschen Säcke erreichen will. Ich verzichte darauf, hier die Verbindung mit anderen Ereignissen herzustellen.

Es wäre wahrscheinlich lehrreich, deutsche Schulgeldsätze mit deutschen Lohnziffern oder noch besser mit dem Reallohn deutscher Arbeiter zu vergleichen. Aber was soll das schließlich? An unserem Elend, an der Not unserer Arbeiter muß man ermessen, wie die Maßnahmen der Regierung zu beurteilen sind.

Es ist überflüssig, viel über die harten Folgen zu reden. Abbau eines bereits recht knappen Lohnes und Heierschichten auf dieser, eine fast hundertprozentige Schulgeld erhöhung auf jener Seite; das sagt genug. Das Vorgehen der Regierung ist unsozial. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung werden hart getroffen.

Aber man vermehrt doch die Freistellen, und die Lehrer sollen sogar würdige bedürftige Schüler geradezu auffordern, daß sie darum einkommen: „Seien Sie großzügig!“ Allerdings: von diesem Standpunkt aus gesehen, scheint die Regierung von einer hochsozialen Absicht getrieben. Die Reichen sollen tüchtig berappen und den Bedürftigen, denen schenkt man's? — nein, den „würdigen“ Bedürftigen.

Es ist nicht angenehm, wenn man bitteln muß, selbst wenn man dazu ermuntert wird. Aber soll man auf solche Gefühlschen Rücksicht nehmen, wenn man ein vorzügliches pädagogisches Druckmittel gewinnen kann! Man hat es dann noch in der Hand, „Würdige“ zu belohnen und „wenig Begabte“ geräuschlos abzuschließen; wohlgemerkt: solche aus den niederen Volkschichten. Interessant ist es, zu hören, was man unter „würdig“ versteht: dazu gehören großer Fleiß und gute Führung; und vielleicht läßt es sich auch machen, daß man das Wohlverhalten des Elternhauses auch ein wenig unter gute Führung rechnen kann.

Wer Wohltaten erduldet, hat dabei leicht Minderwertigkeitsgefühle. Er lernt sich büßen; er fühlt sich verpflichtet, gebunden; er kommt in Gefahr, zum Streber zu werden. Weg mit dem hohen Schulgeld! Weg mit den Freistellen! Auch der arme Schüler hat ein Recht auf die Bildungskrippe des Staates. Soll er sein Recht unter der Form einer Wohltat erhalten?

Dieser Tage hörte ich von einem interessanten Gespräch: „Es ist ganz gut, daß das Schulgeld erhöht wird. Das war ja nicht mehr schön. Was hat sich doch für ein Volk auf den höheren Schulen herumgetrieben.“ Sollte dieser Mann etwa eine fortgeschrittenen Vorstellung von dem Wesen höherer Schulen besitzen: daß sie Schulen für Kinder „höherer Eltern“ sind?

Man darf die Förderung der Tüchtigen allein gar nicht wollen. Die hervorragend Begabten sind recht dünn gesät. Es ist bis heute noch nachzuweisen, daß sie in den wohlhabenden Volkschichten häufiger zu finden sind als in den niederen. Der reiche

Vater aber bringt seinen durchschnittlich veranlagten Sohn leicht in einen „gehobenen“ Beruf hinein als der minder bemittelte, besonders wenn er über gute Beziehungen verfügt. Man muß aber fordern, daß auch der Durchschnittsbegabte, welcher Sohn eines armen Mannes ist, so gut freie Bahn erhält wie jener. Das „Milieu“, aus dem er stammt, bereitet ihm sowieso Schwierigkeiten, die jener nicht kennt. Aber gerade diesen Durchschnitt aus niedrigen Kreisen wird das erhöhte Schulgeld treffen.

Auf dem Arbeitsmarkt übersteigt das Angebot die Nachfrage bei weitem. Auch auf dem Markt des „Stehkragenproletariers“. Die höheren und mittleren Berufe sind überfüllt. Was wird da eine Bureaucratie tun, die um ihr „Gehaltsniveau“ besorgt ist? Die Ansprüche, die an die Bewerber zu stellen sind, hat man gesteigert. Also hat man auch den höheren und mittleren Schulen die Ziele höher gestellt. Soweit ich damit bekannt bin, hat man sie so erhöht, daß der Pauldrill wieder eingesetzt muß, damit die Ziele wenigstens dem Stoffe nach erreicht werden können.

Auch im Saargebiet scheint dieser Reaktionswille einzuleben. Schulreaktion! Erhöhte Lehrplanziele hat man mit preußischen Bestimmungen übernommen. Und jetzt die Steigerung des Schulgeldes. Auch dadurch wird das Arbeitsangebot für höhere und mittlere Berufe künftig gemindert, weil die Zahl der Hochlömminge aus den niederen Volkschichten abnehmen wird. Pädagogisch und wirtschaftlich richtig wäre es aber, wenn man nach der Tüchtigkeit siebte.

Eine Regierung handelt so, wie es ihr — oder den Strömungen, die sie gerade beherrschen — zweckmäßig erscheint. Da ist es mitunter sehr gut, wenn starke Gemeindevertretungen als Hemmschuh wirken können. Selbst auf die Gefahr hin, daß auch diese Gemeindevertretungen für Fortschritt in der Schule nicht viel übrig haben sollten. Den Herren Lehrervertretern, die bei den Schulleiterwahlen den Einfluß der Gemeinden zurückzudrängen wünschen, kann man auch auf Grund der hier bereiteten Vorgänge nur raten, daß sie lieber den Gemeindegau am Schulfarren lassen; er hat bisher mit am besten gezogen. Und wenn der Regierungsauswahl boxt, so kann er weniger schnell durchgehen, so der andere ihm widerstrebt. N.

„Unter dem Versailler Diktat geht das Saargebiet zugrunde.“

Der Reichsverband der deutschen Schlosserinnungen hielt seine diesmalige Jahrestagung am 18. und 19. Juni in Saarbrücken ab. Neben reinen Berufsfragen, mit welchen sich die Tagung beschäftigte, sprach Malermeister Schmelzer über „Das deutsche Handwerk im deutschen Saargebiet“. Er führte nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ unter anderem aus: Als man darüber über die neuen Einreisechwierigkeiten gehörte, mag sich wohl mancher die Frage vorgelegt haben: Ist die Bevölkerung des Saargebietes dem Druck erlegen? Die Bevölkerung hat mit dieser Sache nichts zu schaffen; sie ist veranlaßt durch die Gewalthaber der abgetrennten Landesteile. Wenn wir auf die landfremde Regierung eingehen, so trifft das nicht die betreffenden Personen, sondern ihre Auftraggeber; es trifft auch nicht die deutschen Beamten, die ohne Nebenabsichten ihr Amt verwalten.

Das Saarstatut, das uns der Friedensschluß brachte, ist nur der Gierlanz, um das Gesicht zu wahren. Die größte Geschichtslüge ist das Märchen von den 150 000 Saarfranzosen, auf dem sich das Statut aufbaut. Es entspringt der Sucht Frankreichs auf die Ausbeutung des reichen Landstrichs und seinen Absichten auf das linke Rheinufer. Schmelzer ging dann zunächst auf die Auswirkungen der Abtrennung des Saargebietes von Deutschland für das Handwerk ein, wobei er einen Überblick über alle Ereignisse und Widerwärtigkeiten gab, die sich aus dem Einzug der Franzosen entwickelt haben. Dann behandelte er die politische Seite der ganzen Saarfrage, wobei er vor allem die Methode hervorhob, die die Franzosen in Anwendung brachten, um das Saargebiet politisch und wirtschaftlich nach Frankreich herüberzu ziehen. Schmelzer sagte hierüber unter anderem:

Nach dem sogenannten Frieden von Versailles war es das Bestreben Frankreichs, uns nicht nur politisch zu annexieren, sondern die Bevölkerung für Frankreich mürbe zu machen. Eine der ersten Taten in den Zeiten der Militärherrschaft war, eine Prüfung zwischen Saargebiet und Elsaß-Lothringen zu veranstalten durch die „französisch-saarländische Ausstellung“. Für das Handwerk war das eine schwere Sache; unser erster Gedanke war der der Ablehnung, man hat uns aber unter Druck genommen. Der Erfolg der Ausstellung war für uns ein Sieg, deutsche Gründlichkeit triumphierte. Wir haben die Teilnahme nicht bereut, sie war für uns ein Vorteil. Die Handelsbeziehungen zum Westen sind unter dem Druck der Verhältnisse zustandegekommen, sie sind nicht freiwillig. Die deutschen Erzeugnisse haben immer den Vortzug, und in dem Augenblick, da die Zollschwierigkeiten gelockert

wurden, beziehen wir wieder alles von drüben. Eingehend berichtet der Vortragende aus der Zeit der „Oberpreisprüfungscommission“ und des „Sondergerichts“, in der besonders Handwerk und Gewerbe zu leiden hatten. Der Streik der Staatsbediensteten 1920 mit seinen furchtbaren Begleiterscheinungen wird kurz gestreift. Es kam die Einführung des Franken durch die Grubenverwaltung, später bei der Eisenbahn, der Post usw., der Währungsdualismus mit seinen entsetzlichen Auswirkungen. In dieser furchterlichen Lage stand das Handwerk treu zur deutschen Mark, gefühlsmäßig und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Handwerkerführer standen treu zusammen; die Entwicklung hat ihnen recht gegeben: die hochwertige deutsche Mark kam, der französische Franken sank. Einen harten Kampf gab es für das Handwerk nach der allgemeinen Einführung der französischen Währung. — Die Maßnahmen der französischen Zollverwaltung zur Unterbindung der Einfuhr deutscher Maschinen und Rohstoffe, die Ziehung der Zollgrenze sind weitere Etappen schweren Ringens um unsere deutschen Eigenheiten. Einzelheiten aus dem Betriebe des französischen Zollwesens, die der Redner einstreut, lassen die Versammlung aufhorchen, erregen auch oft schallende Heiterkeit. — Die Steuergesetzgebung ist nach französischem Muster eingestellt, die Abtrennung vom Reich haben die Eisenbahnen zu einem einzigen Rangierbahnhof gemacht: was das kostet, wissen wir nicht, wir haben nur zu zahlen. Wir haben keinen gesetzgeberischen Einfluß, sondern werden wie eine Kolonie verwaltet. Nach weiteren Ausführungen schließt der Vortragende:

Wenn das Deutsche Reich uns nicht Hilfe brächte, wären wir schon längst erledigt. Wie können wir uns gegen all die Unbill wehren? Die Vertreter der Bevölkerung arbeiten mit Nachdruck, sie hatten auch schon etwas Erfolg. Unter dem Versailler Diktat werden wir aber zugrunde gehen. Es ist deshalb eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich notwendig. Wir haben an den Außenminister eine Denkschrift gerichtet, in der die Wege gezeigt werden, die Abhilfe zu bringen vermögen. — Wenn wir sahen, was Deutschland geleistet, dann geben auch wir die Hoffnung nicht auf. Die Hoffnung, daß Deutschland und Frankreich sich an einen Tisch setzen werden, hält uns aufrecht. Den Zusammenhalt mit dem Reich halten wir aufrecht, ein geistiges Band verbindet uns und wenn wir wieder zu Ihnen kommen, dann sind wir ein vollgültiges Glied des deutschen Handwerks; es ist geblieben, was es war: deutsches Handwerk im deutschen Saargebiet!

Der Weinbau an der Saar.

Lichtbildervortrag in der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine.

Die Werbetätigkeit, mit der der „Saaar-Freund“ im Interesse des Weinbaus an der Saar in letzter Zeit einsetzte, fand eine weitere starke und wirkungsvolle Betonung durch den Lichtbildervortrag „Der Weinbau an der Saar“, den die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine am Dienstag, den 31. Mai, im Elisabethsal des Bayenhof im Anschluss an ihre diesjährige Jahresversammlung veranstaltete. Zu diesem Vortrag war der Verfasser jener Saarweinbau-Artikel, Th. Schmidt-Saarbrücken, gewonnen worden. Der Redner wußte mit passenden Einleitungssätzen sofort das volle Interesse der zahlreich erschienenen Zuhörer zu fesseln und mit den folgenden Ausführungen immer weiter noch zu steigern. Die wirkungsvolle Einleitung möge wörtlich gegeben sein:

Nicht vergeht mir des Tales
und schmäht mir es nicht,
das dort an der Grenzmark
reift edelsten deutschen Wein.
Lernt erst kennen den Wein,
und ihr erkennet das Tal.
Aufrichtig, gastlich und frei
wehrt es der Willkür,
wahrt es den Stolz
Blumig und rassig mundet sein Wein.
Heimische Rebe: alles von Stock bis zum Faß,
ist edel an dir.
Adelig so auch die Menschen im Tal.
Herbststark von Erdruck durchströmt,
herztief von Heimatsonne durchglüht
reisen hier Wein und Volk.

Wieder schwingen sie mir in der Seele, jene mahnenden Verse,
die man manchmal in Ohren und Herzen hineinhämmern möchte,
wenn in unseren deutschen Mutterlanden zuweilen manches geschieht, was uns an der Saar bitter wehe tun muß.

Nein, nicht vergessen können wir dieses Tales, das uns Heimat ist, Heimat, die uns alle Lebenskraft in unsere Seelen strömt, die wir lieben mit der ganzen tiefen Glut heimatwurzelter, ewig heimattreuer Herzen, der unser ganzes Schaffen und Mühen gilt, all unser Sorgen, Bangen und Hoffen.

Und so nehmen Sie denn meine heutigen bescheidenen Darbietungen in Wort und Bild als Ausfluss der Heimatliebe, die viele stille Stunden in dämmrigen Bibliotheksstunden über vergilbten Bergamenten und Bänden hockte, und in ihnen der Geschichte der sonnenfrohen Kulturpflanze unserer Heimatberge nachging, der Vitis vinifera, unserer Weinrebe. Der Heimatliebe auch, die in mühseligen, doch unvergänglich schönen Wandertagen durch unsere Saar-Schäferhalden kletterte, die einzigartige Poesie ihrer Landschaft und ihres Weines imilde festzuhalten, mit Selbst und vielleicht auch noch anderen Heimatstrophen zur Freude.

Redner betonte dann, wie der Vortagsabend vor allem dem Zweck diene, an der Hand des Lichtbildes lebensvoll hinzuführen in die Landschaft und das Werden des Saar-Edelweines. Er verwies auf die vom „Saaar-Freund“ bereits veröffentlichten wissenschaftlichen Abhandlungen über den Saarweinbau, die im wesentlichen schon mit dem Stoff vertraut werden ließen. In einer wohl knappen, doch voll erschöpfenden und tiemgründigen Hindurchführung zeichnete Redner jene grundlegenden geschichtlichen und kulturwirtschaftlichen Momente, wie sie zum Verständnis des nachfolgenden Bildstoffes notwendig gegeben werden mußten.

Aus den geschichtlichen Urvorläufen des Saarweinbaues wies Redner den innigen Zusammenhang des Weinbaubereites der unteren Saar mit dem ältesten Weinbaugebiet Deutschlands im Moseltal um Trier nach. Hier hatte der Rebau lange vor dem Eindringen der Römer in das Gebiet bereits bei dem Keltenstamm der Treverer Eingang gefunden. Zur Römerzeit gelangte der Weinbau im Tal der Mosel und vermutlich auch in dem der unteren Saar zu hoher Blüte. Von den verbliebenen keltisch-römischen Landassen des Gebietes wurde der Rebau dann an die Franken vermittelt. Die Zeit dieser bringt die ersten urkundlichen Daten über Weinbau im Gebiet der Saar, und zwar aus den Jahren 848 und 720. Die unter Karl dem Großen machtvoll sich aufwärts entwickelnde Landeskultur nahm besonders auch den Rebau im ganzen Gebiet in Besitz. Mönche, Mönchsklöster und geistliche Stifte sind in jener Zeit und durch das ganze Mittelalter hin, wie allgemein in Deutschland, so auch an der Saar die Träger des Weinbaus und die Grundherren des Weinbergbesitzes. Von den heute so berühmten Weindörfern an der unteren Saar erscheinen in der Zeit von 1000—1200 n. Chr. bereits 14 in alten Urkunden als Weinbauorte. Sie alleamt erlitten im 80jährigen Kriege schwere Schädigungen ihres Weinbaues. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts

ging durch die französische Sequestration der klösterliche und geistliche Weinbergbesitz größtenteils aufgeteilt an Private über, in deren Händen sich die damals erworbenen Weinberge durchweg heute noch befinden. Darin liegt der vorherrschende Mittel- und Großbesitz des heutigen Saarweinbaues begründet.

Vom Jahre 1860 ab beginnt das Gebiet der unteren Saar sich zum Qualitätsweinbaugebiet zu entwickeln. Grundlegend hierfür waren die guten Ernten der 1860er Jahre, die dem Saarwein zum ersten Male einen Namen auch außerhalb des Gebietes erwarben, die rassige, feinblumige Art der Saarerzeugnisse, die in vornehmer Behandlung nur als edelste Naturweine hinausgingen. Der gewaltigste Aufschwung des Saarweinbaues aber erfolgte von 1880 ab mit dem Übergang zum ausschließlichen Anbau der edlen Rieslingrebe. Als dann die trefflichen Jahrgänge 1893, 1895 und 1897 auf den Markt kamen, wurden diese bukettreichen und würzig prächtlichen Kreuzen bevorzugt und viel begehrte Trinker- und Modeweine. Der Saarweinbau erweiterte von 1881—1890 seine Fläche, besonders durch Umwandlung von Eichenschwämmen, um 246 Hektar. Die Anlage der Musterbetriebe der Staatsdomänen von Ocken und Gerrig wirkte vorbildlich, förderte das innere Aufblühen des Saarweinbaues und trug sehr viel bei zum Weltklang der Saarweine. Um 1910 hatte das Weinbaugebiet der unteren Saar in 24 Gemarkungen rund 1000 Hektar im Ertrag stehender Weinbergsfläche, und die Kreuzen vieler Lagen gehören heute zu den edelsten Weinen der Welt, wie dies auch durch die Auszeichnung mit den höchsten Preisen auf der Weltausstellung in St. Louis dokumentiert wurde.

Hervorragende Ernten brachten im letzten Jahrhundert die Jahre 1904, 1908, 1911, 1915, 1921, 1924. In der Menge bislang unerreicht steht das Jahr 1911 da, indem an der Saar 3000 Fuder Wein gehobst wurden, die einen Erlös von 8 Millionen Mark brachten. Einzelne 1921er Spitzenweine der Saar traten mit Preisen von 30 und 112 Mark für die Flasche als führend an die Spitze sämtlicher rheinischen und deutschen Weinerzeugnisse.

Den letzten Abschnitt der Saarweinbaugeschichte zeichnete der Vortragende mit den nachfolgenden Ausführungen, die einen besonders starken Widerhall in den Herzen der Zuhörer fanden.

Ein harter Rückgang aber ist es, der sich hineindrängt in den jüngsten Abschnitt der Geschichte unseres Saarweinbaues durch Kriegs- und Nachkriegszeit. Schmerzerfüllt und ohnmächtig mußten wir es mit ansehen, wie in der Zeit des Niederbruchs unserer Wirtschaft aus strohenden Ledermäppchen die deutschen Pauperscheine mit prozenhafter und verächtlicher Geste auf den Tisch flogen, dort ein heimatloses und landsfremdes Schlemmertum hinter Reihen geleerter — verständnislos hinuntergegossener — Flaschen hockte, das nichts zu ahnen vermochte von der goldenen Poesie einer sonnigen Saarweinstunde in einem stillen Klausenwinkel irgendwo in unsern lieben Saarheimatbergen. Und wie buhlten damals Gulden-, Kronen- und Dolarwerte um das kostliche Blut unserer Saarschäferhalden! Mit Bitterkeit nur vermag man auch z. B. die Berichte der Weindersteigerungen des Jahres 1923 zu lesen, bei denen das französische Verwaltungskomitee der Rheinischen Forsten (Domänen-Weinbaudirektion Trier) die Erträge der beschlagnahmten Saar- und Ruwerdomänen Gerrig, Ocken und Avelsbach ausbieten ließ.

Den Rückgang der Konjunktur in den Jahren 1924—1925 aber zeigte in erschreckender Weise die Weindersteigerungen 1926 zu Trier, bei denen ein großer Teil der Saarweine aus der Ernte 1924 weit unter den Erzeugerkosten zugeschlagen werden mußten. Wohl brachten der Sommer und Herbst 1926 eine merkliche Preissteigerung der billigeren Konsumweine für die Sektherrichtung besonders. Doch immer bleibt die Kern- und Lebensfrage des Saarweinbaues brennend und ungelöst, wie eine Ermäßigung der allzu hohen Erzeugerkosten zu erreichen ist. Sehr ungünstig wird die Lage des Saarweinbaues aus beeinflußt durch den Verlust der Absatzgebiete, die sich der Saarwein in langer, intensiver Werbearbeit errungen hat. Das deutsche Inland verbraucht infolge der allgemeinen Wirtschaftslage weniger deutschen Wein denn vordem. Das „Saargebiet“ ist durch die Zollabschaffung auch nicht mehr in dem Maße Abnehmer, wie einst, und der frühere lebhafte Handel nach hier gänzlich erlahmt. Die Ausfuhr nach England, Belgien, Holland und Skandinavien, die früher beträchtlich war, vor allem aber die ganz bedeutende nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas, kommt fast gänzlich oder selbst vollständig in Wegfall. Von der Bessergestaltung der Absatzverhältnisse wäre es jedoch zu erwarten, daß eine Steigerung der Saarweinerzeugung, hinsichtlich Menge und Güte noch erreicht würde. Möge daher der Ruf: „Trinkt deutschen Wein! Trinkt Wein unserer Saarheimatbergel“ weiter wachsende Beachtung und Befolgung finden, damit die alt-

ehrwürdigen Rebkulturen unserer blauen Saarschieferhalden fortbestehen und der mit ihnen so innig verbundene Weinhandel unseres stolznamigen Heimat-Weinbaugebietes erhalten bleibt.

Seien wir selber aber, jeder einzelne von uns, gescheit genug, daran zu glauben und dafür zu sorgen, daß unser Herrgott den herrlichen Wein unserer lieben Heimatberge nicht umsonst wachsen und gedeihen läßt. Und wenn die Stunde es uns einmal wieder gewährt und dann auch ein ernster Klang mitschwingen will beim Singen der Kristalle: möge es sein. Ernst geziemt will unserer Zeit, auch in frohen Stunden. Eines aber auch mag dann in uns schwellen als heiliger Segenswunsch an die unverändert grünenden Rebberge unseres heilig geliebten Saarheimat-tales und als sieghaft vertrauendes Gebet ihrer umhangten Zukunft, das Bekanntnis jener Verse:

Deutsch der Fluß und deutsch der Wein,
Deutsch die Sprache, deutsch die Sitten,
Deutsch ihr Ruhm auch, unbestritten —
Brüder schenkt noch einmal ein:
Deutsch der Fluß und deutsch der Wein!

Die nun folgende Vorführung von 45 herrlichen Originalaufnahmen aus dem Saarweinbau-gebiet mit den von dem Vortragenden gegebenen Erläuterungen boten auch dem Kenner des Gebietes ein solche Fülle des Schönen und Hochinteressanten, daß diese Darbietungen zu den besten zu zählen sind, die je an dieser Stelle gegeben wurden. Die gezeigten Bilder sind einzigartige Aufnahmen einer meisterlichen Lichtbildkunst und tief berührende Dokumente aus Landschaft und Werden unseres Saarweins. Prächtig erfaßte Landschafts- und Weinbergsmotive, wertvollste geschichtliche Dokumente der Saarweinbauentwicklung und außerordentlich instructive Einblicke in die Weinbergs- und Kellerwirtschaft folgten sich. Begeistert wurden dieselben hingenommen, um so mehr, da der Vortragende es mit selten tiefer Sachkenntnis und in einer herzwarmen Art verstand, die ganze Stoffmaterie den Zuhörern nahe zu bringen und ihnen so einen Einblick und ein Verstehen eines Zweiges der Landeskultur unserer Heimat zu vermitteln, die nur von nachhaltigster Wirkung sein konnten. Köstliche Weinpoesie umwohnte besonders auch die Schlussbilder, zu deren letzten „Winzerzug an der Saar“ der Vortragende den Ausklang gab:

Arbeit, harte Arbeit und scherzendes, übermüdiges Frohsein lingen in diesem Bildmotiv so reizvoll zusammen. Düsterschwere, nebelgraue Tage des Werkens und der Frohn der Heimat und ihrer Lieben wegen. Über ihnen jedoch, nie versinkend und verlöschend, die Siegerin Sonne und Freude unserer Herzen wegen. Fassen wir diesen Klang als frohen Schlusakkord der heutigen Abendstunde. Hindurch durch die graue Not und das rote Leid unserer Heimatgegenwart, durch zu jener Lebenskunst, wie sie uns ein Richard Dehmel lehrt in seinen von rauschverzückter Symbolik umrankten Versen:

Singt mir das Lied vom Tode und vom Leben,
Daglonia gleia glühlala!
Klingklang, lebt, schon kniden die Reben.
Aber: sie haben uns Trauben gegeben!
Hei! — — —

Kleine politische Umschau.

Die wirtschaftlichen Rückwirkungen der Abtrennung des Saargebietes für die deutschen Nachbargebiete.

Die Vollversammlung des Hessischen Industrie- und Handelskammertages nahm kürzlich nach einem Vortrag des Staatssekretärs Dr. Trenckenburg über „Weltwirtschaftliche Fragen“ folgende Entschließung an:

„Der Wiederaufbau der Wirtschaft ist solange unmöglich, als sich die Staaten durch prohibitive Zollschranken abschließen. Durch diese Politik des Hochschutzolles wird die deutsche Wirtschaft besonders beeinträchtigt, da sie infolge der ihr auferlegten schweren Kriegslasten mehr noch als die der anderen Länder gezwungen ist, die Ausfuhr ihrer Fertigfabrikate zu steigern. Darüber hinaus wird jedoch Handel und Industrie Hessens noch besonders betroffen durch die Osttrennung des Saargebietes aus der deutschen Zolleinheit, eines Gebietes, mit dem die hessische Wirtschaft von jeher in engster Beziehung gestanden hat. Die freie Entwicklung des Wirtschaftslebens im Bereich der hessischen Industrie- und Handelskammern, und zwar sowohl im besetzten wie auch im unbezogenen Gebiet, wird weiterhin durch die Besetzung verhindert. Diese unterbindet die Gründung neuer Unternehmungen und hemmt die Entfaltung einheimischen Unternehmungsgesistes. Die Auswertung des neuesten Verkehrsmittels, des Flugzeuges, ist heute noch im besetzten Gebiet unmöglich gemacht. Die hessischen Industrie- und Handelskammern halten die Befreiung des besetzten Gebietes von allen Beschränkungen, die Besetzung der

Zollgrenzen an der Saar und die Aufhebung der Besetzung für eine unerlässliche Voraussetzung der Gesundung der Wirtschaft.“

Die Beratungen des städtischen Haushaltplanes der Stadt Zweibrücken wurden von Oberbürgermeister Rösinger mit längeren Ausführungen über die trostlose Finanzlage der Stadt eingeleitet, die fast ausschließlich auf die Auswirkungen des Versailler Diktats zurückzuführen sind. Er kündigte, falls nicht bald vom Reich und Staat geholfen wird, die völlige Zahlungseinstellung an. Auf Grund dieser Ausführungen nahm der Stadtrat unter Genehmigung des Voranschlags folgende Entschließung an:

Bei der Beratung des Voranschlags der Stadt Zweibrücken für 1927/28 stellte der Stadtrat erneut fest, daß die verzweifelte Finanzlage der Stadt in der Hauptsache auf die Abtrennung des Saargebietes zurückzuführen ist. Angesichts dieser Lage erwartet der Stadtrat, daß von Reich und Staat die durch die Abtrennung des Saargebietes erwachsenen Schäden und Nachteile in vollem Umfang ersehen werden, und zwar in der gleichen Weise, wie den Grenzstädten im Osten geholfen wurde und noch geholfen wird.“

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Saarländer Bier in Frankreich?

Eine offizielle Statistik soll nach der Behauptung einer Berliner Mittagszeitung festgestellt haben, daß im laufenden Jahr in Frankreich mehr Bier und weniger Wein getrunken würde als je zuvor. In Paris treffe man jetzt allgemeine Plakate auf Schritt und Tritt, welche Aufschriften tragen wie die: „Das Bier ist billiger als der Wein — Trinkt Bier, es ist erfrischend und gesund — Es lebe das schäumende Nass.“ In der fraglichen Notiz heißt es dann wörtlich:

Echtes Münchener zwar ist nirgends zu haben: man greift als Erstes zum Saarländer und hofft inbrünstig auf den Zollvertrag, der die Einfuhr von Bodbräu und Salvator ermöglichen soll. Von den Weinbauern abgesehen, stehen besonders die Nationalisten Cassandraus aus: es unterliegt keinem Zweifel, daß mit dem Vormarsch des Bieres auch der Charakter der Franzosen ändert und sich dem deutschen anpaßt..

In dieser Form möchten wir die Meldung für reichlich übertrieben halten. Wenn wirklich das Saargebiet Paris mit Bier versorgen würde, dann müßten täglich ganze Zugladungen von diesem edlen Getränk aus dem Saargebiet gen Westen rollen. Wir glauben nicht, daß ein solches Bild bisher in Erscheinung getreten ist. Wir haben auch nichts davon gehört, daß die saarländischen Brauereien ihre Betriebe auf einen Großexport nach Frankreich umgestellt hätten. Der Informator der betreffenden Berliner Zeitung scheint da etwas arg gesunken zu haben.

Was wird mit dem Saarzollabkommen?

Beläufig läuft mit dem 30. Juni d. J. das deutsch-französische Wirtschaftsprovisorium und damit auch die beiden Saarzollabkommen vom 5. August und 6. September 1926 ab. Die Verhandlungen zu einer Verlängerung des Provisoriums gestalteten sich äußerst schwierig, da von französischer Seite aus versucht worden ist, eine kurzfristige Verlängerung durchzudrücken, um je nach der Gestaltung der französischen Zolltarifnovelle jederzeit freie Hand zu haben, die Verhandlungen für einen endgültigen Wirtschaftsvertrag auf der Basis neuer Kampsätze mit Deutschland zu führen. Deutschland hat aber ein Interesse daran, seine Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich möglichst für eine längere Zeit in ruhiger Basis sich entwickeln zu lassen. Es ist daher noch garnicht vorauszusehen, wie sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich entwickeln werden, so daß man in Saarwirtschaftskreisen außerordentlich beunruhigt über das Schicksal des Saarzollabkommens ist.

An zuständiger deutscher Stelle war man hinsichtlich der Saarabkommen nicht zu pessimistisch, abgesehen davon, daß sich die Aussichten für eine Verlängerung der laufenden Provisionen in den letzten Tagen wieder etwas verbessert hatten.

Allgemein warnte man davor, die Wirkungen des evtl. Eintritts eines vertragslosen Zustandes ab 1. Juli zu überschätzen, da schon bisher für etwa 80 Prozent aller Warenlieferungen ein vertragsloser Zustand bestand, d. h. für diese 80 Prozent aller Warenlieferungen mußte Frankreich den deutschen autonomen Zoll und Deutschland den französischen Maximaltarif bezahlen. Der Unterschied vom 1. Juli ab würde nur der sein, daß auch für die durch die Provisionen betroffenen Warengruppen diese autonomen bzw. Maximalzölle gezahlt werden müssen.

Was die Frage des Eisenpaktes, der mit dem bisherigen Handelsprovisorium in Verbindung steht, betrifft, so haben sich beide

Regierungen verpflichtet, zu prüfen, ob dieser deutsch-französische Eisenpakt fortbestehen kann. Bisher besteht auf deutscher Seite nicht die Absicht, diesen Pakt zu kündigen. Immerhin kann natürlich die Frage der Kündigung des Eisenpaktes akut werden, dann nämlich, wenn sich herausstellen sollte, daß der Abschluß des endgültigen Handelsvertrages sich noch zwei oder drei Jahre hinausschieben sollte. Es wird vielmehr versucht werden, wenige Tage eine Verlängerung der beiden mit dem deutsch-französischen Handelsprovisorium parallel laufenden sogenannten Saarabkommen vom 5. August bzw. 6. November 1926 zu erreichen. Beide Saarabkommen drehen sich bekanntlich hauptsächlich um Eisenfragen.

Kleine Tageschronik.

Eine Wolfssjagd im Källertal.

Eine wahre Begebenheit a. d. Jahre 1879.

Von Fritz Pezinger sen. in Heusweiler.

Anfangs Winter 1879 entstanden in Heusweiler plötzlich Gerüchte, ein großer Wolf treibe sich in der Nähe der Dörfer herum! Er wurde auch schon mehrmals von glaubwürdigen Personen gesehen, was Veranlassung gab, daß auch die Tageszeitungen hierüber berichteten.

Was Wunder, wenn die Jagdpächter hiervon Notiz nahmen.

Aus Anlaß der Gerüchte beschlossen diese Herren, u. a. H. Zimmermann, Louis Eichader Heinrich Pfug, sämtlich aus Saarbrücken, sowie der damalige Arzt Dr. Corcelius von hier und mein Vater, eine Treibjagd auf den Wolf abzuhalten.

Am Tage vor dieser geplanten Jagd gelang es jedoch einem vor kurzer Zeit aus Russland zurückgekehrten jungen Mannenamens Karl Jungmann von hier, den Isegrim mit einem wohlgezielten Kugelshuß zu erlegen.

War es doch kein Wunder, daß es diesem vortrefflichen Schützen gelang, uns von dieser gefährlichen Bestie zu befreien, zumal er in Russland öfter Gelegenheit hatte, die Jagd auf Bären und Wölfe ausüben zu können. Er hat es in hervorragender Weise verstanden, in weidgerechtem Jägerstein uns seine Jagdergebnisse und Abenteuer vorzutragen.

Als weitblickiger Wirt und Inhaber der Wirtschaft „Zum grünen Baum“ bat ich nun Herrn Jungmann, mir den erlegten Wolf in mein Lokal zu bringen, was dieser auch ausführte. Neugierige kamen schon an demselben Abend in Massen angestromt, um das hier sehr selten gewordene Raubtier in Augenschein zu nehmen. Die Neugierde wurde stark mit dem üblichen Nachbissen.

Am anderen Tage wurde die anberaumte Treibjagd abgehalten. Es war gute Aussicht auf eine ergiebige Jagd, zumal in der Nacht ein Spürschnee gefallen war, der den Vorteil hatte, daß man bei der „Neue“ (= frischgefällener Schnee) den Wolf womöglich einkreisen konnte.

Den an der Treibjagd beteiligten Jägern war es noch nicht bekannt, daß der Wolf inzwischen am Vorabend des Jagttages von Herrn Jungmann erlegt worden war.

Nach Schluss der ergebnislos verlaufenen Jagd erfuhren die Jäger, daß der Wolf zur Strecke gebracht worden sei. Diese Nachricht hatte bei den anwesenden Nimroden eine unliebsame Überraschung und großen Unwillen hervorgerufen; sie forderten den Schützen auf, ihnen die seltende Jagdbeute auszuliefern. Ich mußte der Jagdgemeinschaft die Trophäe vorlegen und alle bewunderten das schöne Exemplar.

Dr. Corcelius lief schnell in seine nahegelegene Wohnung, um „Brehms Tierleben“ (Zoologie) zu holen und stellte an Hand dieses Buches Vermessungen an Fang (= Schnauze), Gehöre (= Ohren) und Rute (= Schwanz) des Wolfes an. Die Nimrode waren geteilter Meinung; die Mehrheit entschied sich für den Ardennenwolf, welcher uns von Zeit zu Zeit, jedoch immer seltener, seinen Besuch abstattete.

Die Jagdpächter wollten nun den Wolf mit nach Saarbrücken nehmen, um die von der Königlichen Regierung ausgesetzte hohe Schußprämie beim Landrat einzustreichen. Dem widerstande sich jedoch der Schütze Jungmann unter Protest, indem er bündig erklärte: „Der Wolf bleibt hier, ich habe ihn erlegt und mache daher berechtigten Anspruch auf die ausgesetzte Schußprämie.“

Nach langem Hin und Her fuhren die Saarbrücker Jäger ohne den Wolf ab, der einstweilen in meiner Obhut verblieb.

Tags darauf entfaltete sich eine wahre Völkerwanderung zu meinem Lokale, den Wolf zu beäugen.

Bier und Wein floß in Strömen.

Ein mir befreundeter Kollege, der Wirt P. Schröder, kam und bat mich, ihm Meister Isegrim auch für einen Tag zur Schau in seinem Lokal zu überlassen, was ich natürlich aus Selbsthaltungstrieb trotz unserer guten freund-nachbarlichen Beziehungen verweigern zu müssen glaubte. Jetzt kam das Verhängnis,

Am dritten Tage, nachdem ich dem Wolf wegen Verbreitung von nicht wohlparfümierten Gerüchen einen Platz in der Scheune anweisen mußte, kam am Abend, auch von Neugierde getrieben, der Aderer Matthias Bauer aus dem nahen Kirchhof und fragte mich, ob er den erlegten Wolf auch einmal schauen könnte, was ich ihm selbstredend auch gestattete. Mit einer großen Stallaterne bewaffnet, betraten wir beide die Scheune.

Beim Anblick des Wolfes knurrte Matthias Bauer etwas in seinen struppigen Bart, was mir aber bis heute noch unverständlich geblieben ist. Er behielt sich das Tier von hinten und vorne, hob dabei einen der hinteren Läufe des Wolfes hoch und zeigte mir etwas, was mich in höchsten Staunen versetzte. Unter einem gewaltigen Fluchen und Schimpfen Bauers begaben wir uns ins Wirtslokal zurück, wo gerade der russische Bären- und Wolfsschütze angekommen war, um seine seltene Jagdtrophäe abzuholen.

Matthias Bauer fragt, nachdem ich ihn mit dem glücklichen Schützen bekannt gemacht hatte, diesen: „Haben Sie den Wolf geschossen?“, jedoch in einer derartig wütenden Tonart, daß die Gläser klirrten. Jungmann entgegnete in bewußtem Schützenstolze seinem Gegenüber: „Iawohl, den Wolf habe ich geschossen!“ Bauer: „Haben Sie auch schon einmal einen kastrierten Wolf gesehen?“ Jungmann mit weit aufgerissenen Lichten: „Wies-o?“ Bauer: „Dat wor jo mei' kastrierter Schäferhund!“ Jungmann, sehr verbüht, erwiderte: „Tut mir sehr leid! Hätte doch das dumme Vieh von Hund sein Bein hochgehoben, so hätte ich doch mit meinen scharfen Schützenaugen dieses gesehen und der Wolf, nee der Hund wäre heute noch am Leben!“

Nur durch mein energisches Dazwischenentreten konnte ich es verhindern, daß Schäferhundbesitzer und Wolfshundschütze nicht zähnefletschend aneinandergeraten sind.

(Aus dem Saarkalender.)

Saarbrücken. Ein entsetzliches Explosionsunglück ereignete sich am Sonntag, dem 26. Juni, in der Altneugasse. Dort befindet sich in dem Hause Nr. 34 ein Lager mit Feuerwerkskörpern der Kostümmanufaktur Filter. Für eine Sportveranstaltung war von der Firma ein größerer Posten Feuerwerkskörper zu liefern, die am Sonntag nachmittag von dem Arbeiter Weigert und der Arbeiterin Helene Hanz verpackt wurden. Aus bisher noch nicht gänzlich geklärter Ursache explodierte einer dieser Feuerwerkskörper, sprang auf das Lager über, so daß in kurzer Frist der ganze Raum in Flammen gehüllt war. Der Brand griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich, zumal das Gebäude ein Fachwerkbau ist. Als die Explosion erfolgte, befand sich Weigert im hinteren Teil des Lagers. Er sah noch das Mädchen in lodernnde Flammen gehüllt zur Treppe eilen. Der Raum erfüllte sich sofort mit ersticken Pulvergasen. Er selbst konnte sich auf das Dach der im Hof gelegenen Nähstube retten. Als er der unterdessen angekommenen Feuerwehr von dem Vorfall Mitteilung machte, drangen Wehrleute sofort in das Obergeschöß vor, fanden aber nur die verkohlte Leiche des Mädchens. Offenbar hat die Bedauernswerte in dem Qualm die Treppe nicht mehr finden können. Die verunglückte Hanz ist die Tochter eines Steinbauers, sie wird als fleißig und tüchtig geschildert. Das Unglück ist um so tragischer, als das Mädchen kurz vor der Hochzeit stand. Das Mitgefühl mit der schwer geprüften Familie ist allgemein. Weigert wurde vorübergehend in Haft genommen, da der Vorfall erst geklärt werden mußte. Bissher hat sich volle Klarheit jedoch nicht ergeben.

Nach einer Meldung der „Saarbrücker Landeszeitung“ ist der frühere Gewerkschaftssekretär Heinrich Loew, der im vorigen Jahre nach Unterschlagung von Verbundsgeldern in Höhe von 250 000 Franken flüchtig wurde, von der französischen Justizbehörde ausgeliefert worden ist. Seine Aburteilung soll vor der Saarbrücker Strafkammer erfolgen. Von dem veruntreuten Gelde soll nichts mehr vorhanden sein. Loew sei geständig. — Das 77er Denkmal mußte an seinem alten Standort abgebrochen werden, da der französische Teil des Halbsterblichs wegen der Errichtung der Wendelschen Kolonie an der Saargrenze abgeholt wurde. Das Denkmal hat jetzt an der Nordwestecke des Ehrenfriedhofes für die im Weltkrieg Gefallenen seinen neuen Standort erhalten. Durch gärtnerische Anlagen wird das Ehrenmal mit den Ruhestätten der deutschen Soldaten aus dem Weltkrieg verbunden werden. Die Versetzung des Denkmals konnte ohne Beschädigungen durchgeführt werden. — Auf dem Teil des Trillers, der jetzt bebaut wird, dem Wackenberg, befindet sich noch eine Grabstelle aus dem Feldzug 1870/71, die von einer großen Trauerweide überschattet ist. Zur letzten Ruhe wurden dort der Unteroffizier Ladenberger von der 5. Kompanie des Füssli-Regiments Nr. 40 und ein Sergeant vom 40. französischen Linienterregiment beigesetzt. Infolge der Bebauung wird eine Verlegung der Grabstelle erforderlich. Die Ortsgruppe Saarbrücken des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat die würdige Verlegung in die Wege geleitet. — Nach dem Abzug des Hauptteils der französischen Besatzung ist die seinerzeit im Volksgarten von

St. Johann in unmittelbarer Nähe der Ursulinenchule errichtete französische Militärbarade abgebrochen worden. Die Baracke diente in der Haupthalle als Schlafraum für die mit den Spätzügen aus dem Rheinlande hier ankommenden Urlauber der Rheinarmee, ein Beweis dafür, daß die französischen Truppenabteilungen im Saargebiet in engster Verbindung mit der französischen Rheinlandbesetzung standen, eine Tatsache, die französischerseits immer bestritten worden ist. — Auf dem freien Platz in der Nähe des Kindererholungsheims Rotenbühl unweit des Römerbrunnens wird zurzeit ein Licht- und Sonnenbad errichtet. — Im Monat Juli sind vom Saargebiet aus insgesamt vier Wochenendzüge nach München und zurück zu ermäßigten Preisen vorgesehen. Die Züge fahren abends von Saarbrücken bzw. Homburg ab und kommen morgens an. Die Züge werden nur bei genügend starker Beteiligung gefahren.

Güdingen. Auf eine vierzigjährige erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Deutschen Turnerschaft konnte die Turnerschaft Güdingen zurückblicken. Ende Juni 1877 wurde der Verein mit Unterstützung von St. Amtualer Turnern gegründet. Heute nimmt er im Saar-Bliesgau eine geachtete Stellung ein. In der Besatzungszeit wurde der Verein besonders dadurch geschädigt, daß ihm sämtliche Turngeräte vernichtet wurden. Dieser Streich nahm den Turnern nicht den Mut, weiterzuarbeiten und wieder aufzubauen.

Hostenbach. Die Wiederde des Fuhrunternehmers Peter Hähn scheuten vor einigen Tagen vor einem Eisenbahngug und rasten mit dem Fuhrwerk davon. H. wurde dabei so schwer verletzt, daß er verstarb.

Buchenschachen. Ein Bergmann von hier erhielt in den ersten Kriegsmonaten 1914 einen Lungenstich. Seine Behandlung erfolgte zuletzt im Militärlazarett zu Hamburg. Das Geschoss wanderte in die Lunge und Anfang 1927 mußte der Mann das Krankenhaus wieder aufsuchen. Arztlicherseits hatte man jedoch Bedenken gegen die Entfernung des Geschosses auf operativem Wege und erst, als der Zustand bedenklich wurde, wurde die Operation mit Einverständnis des Kranken vorbereitet. Die Operation erfolgte in diesen Tagen im Fischbacher Knappishärt-Krankenhaus unter der Leitung des Chefarztes Dr. Driner und verlief sehr gut. Ein französisches Infanterie-Messinggeschoss mit angebogener Spitze wurde aus der Lunge entfernt und nach wenigen Tagen konnte der Patient das Bett wieder verlassen.

Sulzbach. Zu der längst notwendig gewordenen neuen katholischen Kirche wurde am vergangenen Fronleichnamsfest der erste Spatenstich vollzogen. — Unter den Einwirkungen von Grubensetzungen stürzte am 27. Juni das „Auf der Schmied“ gelegene Haus Nr. 1 in sich zusammen. Der obere Stock war schon vor einiger Zeit geräumt worden, während die unteren Räume noch bewohnt waren. Das schwere Gebäck, Mauerwerk und Ziegeln flogen bei dem Zusammenbruch bis in die Mitte der Straße. Von den Einwohnern des Hauses, die gerade im Schlafzimmer weilten, sowie von den Vorübergehenden wurde glücklicherweise niemand verletzt. Die Polizei nahm sofort die Absperrung vor.

Hirzweiler. Neben einer katholischen wird unser Ort auch eine neue evangelische Kirche erhalten. Augenblicklich werden die Grundmauern hergestellt. Mit der Fertigstellung der Kirche werden der evangelischen Gemeinde von Hirzweiler und Welschbach wesentliche Erleichterungen geboten werden; bisher war die Kirche in Ottweiler für diese Gemeinde zuständig.

Neunkirchen. Ein Urnenhain wird auf Antrag des Feuerbestattungsvereins auf dem hiesigen Friedhof angelegt. An der Ausgestaltung der Anlage, die im nördlichen Teil des Friedhofs ihren Platz findet, ist man zurzeit beschäftigt. Der Urnenhain wird demnächst seiner Bestimmung übergeben werden.

Ottweiler. Auf der Neunkirchener Hütte wurde der Arbeiter Karl Schük von hier durch einen von der Drahtseilbahn abstürzenden Transportwagen erschlagen. Er war verheiratet und als fleißiger, zuverlässiger Arbeiter geachtet und beliebt. Er war Kriegsteilnehmer und längere Zeit in Gefangenschaft.

Bubach. Am Fronleichnamsfest konnte der feierliche erste Spatenstich zu der neuen katholischen Kirche getan werden. Der Rohbau soll bis Anfang Winter fertiggestellt sein. Man hofft den Bau so fördern zu können, daß am nächsten Fronleichnamstag die feierliche Einsegnung der Kirche wird erfolgen können.

Personal-Nachrichten.

Ein Böllinger Künstler in München. Unter Münchens Malern hat in letzter Zeit der Name eines Künstlers aus dem Saargebiet einen guten Klang gewonnen, der Name Karl August Jäger, besonders deshalb, weil er nicht den sonst

üblichen Künstlerweg gegangen ist, sondern aus dem Handwerk hervorging. Karl August Jäger berichtet darüber in der „Saarbrüder Zeitung“ selbst unter anderem folgendes: Der am 27. Januar 1879 zu Böllingen geborene Künstler war, wie sein Vater, nach seiner Entlassung aus der dortigen Volksschule als Lehrling auf dem Werke beschäftigt, er erlernte dort das Schlosser- und Schmiedehandwerk. So gewann er bereits mit fünfzehn Jahren einen Lehrlingspreis. Seinem starken künstlerischen Empfinden entsprach er dadurch, daß er nach Verlassen seiner Heimat im Alter von 18 Jahren, in Düsseldorf neben dem Betriebe seines Handwerks die Maleracademie besuchte. Seine freie Zeit nutzte er eifrig zum Zeichnen aus, sich vornehmlich auf Porträtiere verlegend.

Im Jahre 1905 siedelte Jäger nach München über, wo er neben seiner Tätigkeit als Techniker die Kunstgewerbeschule und mehrere Privatateliers besuchte; hierbei ging er doch immer seinen eigenen Weg. Hauptsächlich schuf der Künstler Porträts, vornehmlich Zeichnungen in Schwarz-Weiß.

Weiter hat Jäger eine große Zahl wohlgelungener Stillleben gemalt, die sich durch glückliche Komposition, durch erlebten Geschmack und frische, ansprechende Farbgebung auszeichnen. Endlich ist Karl August Jäger gelegentlich auch als Landschafts-Künstler hervorgetreten. Bekannt geworden sind vor allem die Gemälde „Skifahrer“ und „Herbstgold“, von denen das zweite in seiner Farbenpracht und stillen Beschaulichkeit an den Altmünchener Meister Karl Spitzweg erinnert.

Karl August Jäger ist verhältnismäßig spät mit seinen Werken an die Öffentlichkeit getreten. Das ist jedoch kein Fehler, denn nunmehr steht ihm die Ernte aus einer langen Zeit des Lernens, Beobachtens und der Erfahrungen noch bevor.

Der 1. Vorsitzende der Landesgruppe Bayern, Herr Kunstmaler Franz Johannes begeht am 7. Juli seinen 50. Geburtstag. Trotz seines großen künstlerischen Schaffens, das von Erfolg gekrönt ist, — zurzeit arbeitet er an einem großen Gemälde „Unsere Männer“ — das er seiner Vaterstadt Saarbrücken zum Geschenk machen will, hat er immer Zeit gefunden, sich für die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine und somit auch seiner Saarheimat einzusezen. Zu seinem 50. Geburtstage deshalb auf diesem Wege herzlichen Glückwunsch und die besten Wünsche für ein weiteres künstlerisches Schaffen und für eine gedeihliche Zusammenarbeit im Bunde der Saarvereine.

Auf eine 50jährige Berufstätigkeit konnte der Buchbindemeister Karl Didié in Neunkirchen zurückblicken. Vor einem halben Jahrhundert trat Karl Didié in das väterliche Geschäft ein. Nach beendet Lehrzeit entfaltete er eine äußerst rührige Tätigkeit, so daß es ihm möglich war, seinen Betrieb ganz wesentlich zu erweitern. In Neunkirchen zählt er zu dem Kreis geachteter Handwerker und Gewerbetreibender. — Sei 50jähriges Dienstjubiläum konnte am 20. Juni Gasmeister Frey zu Dillingen feiern. Seit 1. April 1889 ist Frey als Gas- und Wassermaster bei den Dillinger Hüttenwerken tätig. Ebenso lange ist er Mitglied der Dillinger Feuerwehr.

Vom Saargrubenbau.

Feierschichten ohne Ende.

Nach einer Mitteilung des „Saarbergnappen“ wurde in der dritten Juniwoche von der französischen Bergwerksdirektion die achte Feierschicht eingelebt. Unter Zugrundelegung der übrigen Feierschichten wurden im Juni nur insgesamt 22 Schichten versfahren. Angesichts dieser Lage fordert das genannte christliche Gewerkschaftsorgan mit allem Nachdruck, für Einstellung der Feierschichten zu sorgen.

Wenn Frankreich ein Kohleneinfuhrverbot erlassen hat, dann muß es doch möglich sein, der Saarkohle in Frankreich ausreichenden Absatz zu verschaffen. Oder soll das Einfuhrverbot nur für die Kohlen der innerfranzösischen Gruben den notwendigen Absatz sichern? Die Bergwerksdirektion muß u. E. nach zwei Seiten um die Eroberung von Absatzgebieten bemüht sein: nach der französischen und der deutschen Seite. Seinerzeit wurde ihr ein bestimmtes Lieferungskontingent nach Deutschland eingeräumt. Es wurde in der Vergangenheit aber nicht ganz eingehalten. Also politisch gefährte Wirtschaftsführung! Die Folgen sind bekannt. Leider treffen sie die Bergleute. Um sie für die Zukunft zu verhindern, muß mit Deutschland ein neues Kohlenabkommen mit einer größeren Kontingentsmenge erstritten werden. Ein solches Abkommen liegt sicher im Bereich des Möglichen.

Daneben muß für eine Frachtermäßigung gesorgt werden, damit auch die Konkurrenzfähigkeit gewährleistet wird. Für diese Ermäßigung kommt nicht nur Deutschland in Frage, sondern vor allem die Verkehrsabteilung der Regierungskommission.

Wenn von Deutschland Opfer verlangt werden, dann muß doch die Regierungskommission mit gutem Beispiel vorangehen. Herr Lambert ist die Gelegenheit geboten, einmal den Beweis zu erbringen, daß er für das Wohlergehen der größten Berufs-

Schicht des Saargebietes in der richtigen Weise zu sorgen bereit ist. Für das französische Militär im Saargebiet waren alle nur möglichen Vergünstigungen eingeräumt. In der Ausgabe von Freikarten ist man auch nicht knauserig, sondern außerordentlich „großzügig“. Wie sehen Leute mit Freikarten erster und zweiter Klasse im Saargebiet herumfahren, die erstens mal gar keine Saarländer und zweitens sicherlich nicht im Eisenbahnbetriebe beschäftigt sind. Wo solches möglich ist, darf es nicht unmöglich sein, den Kohlenabsatz durch Frachtenerleichterung zu fördern.“

Zu diesen Ausführungen bemerkt die „Saarbrücker Landeszeitung“ unter anderm, daß die Bemerkungen in ihrer Sachlichkeit den Nagel auf den Kopf trifft. Leider könnten sich die Verantwortlichen in der Generaldirektion der Saargruben und in der Regierungskommission des Saargebietes noch nicht dazu ausschwingen, diesen wohlmeinenden und fachkundigen Ratschlägen Gehör zu schenken und etwas Durchgreifendes zu unternehmen. Ansonst mühten die Auswirkungen des französischen Kohlenauffuhrverbotes, das schon vor Wochen erlassen worden ist, insofern spürbar sein, daß wenigstens die Feierschichten unterbleiben könnten.

Zur Nationalisierung im Bergbaubetrieb.

Unter diesem Stichwort wird der „Saarbrücker Zeitung“ aus Bergbeamtenkreisen geschrieben: „Dass die französische Bergverwaltung ihre Betriebe rationalisieren will, um sie gewinnbringender zu gestalten, ist ihr gutes Recht, es wird ihr dies niemand verübeln wollen. Leider sind aber die Steiger die ersten, die dieser Nationalisierung zum Opfer fallen sollen. Sie sollen zunächst proletarisiert werden. Nach einer Verfügung der Bergwerksdirektion müssen die Steiger von jetzt ab mit der Belegschaft einfahren. Man erwartet und erhofft mit dieser Maßnahme eine bessere Zeitausnutzung der Bergleute, die dann gezwungen sind, sofort nach der Einfahrt in Eile an ihre Arbeitsstelle zu gelangen und mit der Arbeit zu beginnen. Dem früheren Einfahren soll später noch das Ausfahren mit der Belegschaft folgen. Man will dem Steiger die Pille etwas versüßen und ihm eine kleine „Vergütung“ für die Mehrbelastung geben. Wer die Tätigkeit der Grubensteiger kennt, weiß zur Genüge, daß diese Mehrbelastung ohne Schädigung seiner Gesundheit nicht möglich ist, da zu diesem anstrengenden Grubendienst noch eine tägliche Büroarbeitszeit von durchschnittlich drei Stunden kommt, ohne die Sonntags- und Heimarbeit beim Monatschluss oder die Lizenzfertigung. Sachkennner sehen schon im Voraus, daß die Kopfleistung für den Tag durch die neue Belastung keine 5 Kilogramm beträgt. Soll wirklich ernsthaft rationalisiert werden, dann halte man Umschau im eigenen Lager. Auf den Straßen der Bergmannsschaften sieht man Grubenfahrwerke, die sicher zu entbehren sind, da sie nur dazu dienen, die kleinen täglichen Bedürfnisse der französischen Angestellten zu besorgen. Auch wird „Madame“ keinen Stein ihrer Krone verlieren, wenn sie statt mit Wagen oder Dienstauto die Eisenbahn benutzt. Will sie nicht, wie ihre deutsche Kolleginnen, 4. Klasse fahren, kann sie 3. Klasse benutzen, denn ihr Mann verdient ja auch mehr wie die deutschen Beamten. Da Gartenarbeit bekanntlich der Gesundheit dienlich ist, lasse man die Inhaber ihre Gärten selbst bestellen, durch Wegfall der vielen Grubengärtner, die nur Privatarbeiten bei den französischen Angestellten und Ingenieuren verrichten, könnte dem französischen Staatsäckel viel zugeführt werden. Zum Schlusse will ich nochmals den Vorschlag machen, der an dieser Stelle schon öfters angeregt wurde: Studieren Sie ihre Materialien wirtschaftlich gründlich und richten Sie sich ein wie zu preußischer Zeit. Die Räume des früheren Hotels in der Victoriastraße zu Saarbrücken können vom Materialpersonal geräumt werden und das Haus anderen Zwecken übergeben werden. Die Grubenbeamten werden dankbar dafür sein, wenn in der Materialbeschaffung wieder Ordnung herrscht.“

Französischer Schindian im Saarbergbau.

Auf Grube Altenwald ist vor etwa einem Monat eine neue Fördermaschine in Betrieb genommen worden, die von mehreren französischen Firmen in ihren wichtigsten Bestandteilen geliefert worden ist. Die Maschine hat sich jedoch nicht bewährt, da der Umformer bereits wieder defekt ist. Da Monate vergehen können, ehe die Maschine wieder hergerichtet sein kann, so wurden bereits über 200 Bergleute der Belegschaft nach benachbarten Gruben verlegt. — Man sieht aus diesem Fall, wie französische Arbeit zu werten ist. Leider ist die Saarindustrie durch die unhaltbare Zollabschüttung des Saargebietes vom übrigen Deutschland mit französischen technischen Einrichtungen und Erzeugnissen überfremdet, so daß heute schon Überleben werden kann, wie teuer diese zwangsläufige Umstellung der Saarwirtschaft auf französische Mechanisierung von der saardeutschen Industrie wird bezahlt werden müssen. Bekanntlich ist das Saargebiet auch mit französischen Autos geradezu überschwemmt worden. Auch bei diesen hat sich bereits ergeben, daß es sich in den meisten Fällen um französische Blendwerke handelt, das in kürzester Zeit so heruntergewirtschaftet sein wird, daß eine Reparatur teurer als die Neuanfertigung eines deutschen Wagens kommen würde. Auch hier

zeigt sich, wie sehr Frankreich seine Saarpolitik auf Ausbeutung des Saargebietes unter allen Umständen eingestellt hat.

Entlassung von Landwirtschaft treibenden Bergleuten. Die „Neunkirchener Volkszeitung“ verzeichnet ein Gerücht, daß die französische Grubenverwaltung diejenigen Bergleute, die neben ihrer Arbeit noch einen größeren Ackerbau betreiben, entlassen will.

Trotz wirtschaftlicher Not, doch derber Humor!

Ein humoristischer Anschlag am schwarzen Brett auf Grube Velsen.

Wer Gelegenheit hatte, mit unsrern Bergknappen der nahen Gruben sich zu unterhalten, der konnte verstehen, daß eines Tages sich deren Entrüstung in irgendeiner Form Luft machen werde; und das trat am Donnerstag, dem 19. Mai, spontan ein. Bei der voraufgehenden Hauptlöhnnung auf Grube Velsen blieb einer großen Anzahl braver Bergleute nach Abzügen (für Abschlagszahlungen, Zinsen für Darlehn usw.) bei dem durch Lohnabzug und Feierschichten schon an sich genügend geschwächten Lohnen kein Centimes mehr; im Gegenteil, viele Bergleute hatten auf dem Lohnbeutel einen roten Vermerk, der besagte, daß sie der Grubenverwaltung noch Geld schuldeten.

Die Bergleute von Grube Velsen verschlossen sich durchaus nicht der Tatsache, daß sich die Grubenverwaltung infolge mangelnden Absatzes, der Feierschichten zur Folge hat, in ähnlicher Notlage befindet, wie die Bergleute selbst. (Wer lacht da?) Die Vessener Knappen verstehen auch, daß es der französischen Verwaltung unmöglich ist, den Bergleuten eine Vergütung für die Feierschichten zu zahlen, da dieselbe ihre überschüssigen Gelder aus der Ausbeutung wertvoller saarländischer Kohlenselder dem sogenannten „Reptilienvonds“ aufzuladen lassen muß, der für Propaganda und sonstige außerordentliche Ausgaben nachweislich mehreren höheren französischen Beamten zur Benutzung zur Verfügung steht. Auch Regierungsbeamte erhalten Zuschüsse aus diesem Fonds. Kurz, die französische Grubenverwaltung hat kein Geld übrig, um ihre Arbeiter verdientermaßen zu entlohen, erst recht nicht für Feierschichten zu entschädigen.

Erfreulich ist nun, daß trotz dieser Notlage der Bergverwaltung (!!!) wie auch der Arbeiterschaft letztere ein Herz hat für die peinliche Situation ihres Arbeitgebers. Die Belegschaft von Grube Velsen hat nämlich in aufrichtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Misere ihres Arbeitgebers beschlossen, demselben tatkräftig unter die Arme zu greifen und sich dankbar zu zeigen für das Versprechen, das Generaldirektor Delfine gelegentlich der Übernahme der Saargruben der gesamten Belegschaft gab, welche Zusicherung damals manches gutgläubige Arbeiterherz fand. Generaldirektor Delfine schrieb damals:

„Den Arbeitern wird der französische Staat seine Überlieferung von Freiheit und Gerechtigkeit zur Geltung bringen. Nur der Arbeitseifer und die Achtung der zur Ordnung und zur Sicherheit der Gruben notwendigen Disziplin, nur die allgemeine Eintracht ermöglichen die Steigerung der Produktion und damit die Erhöhung der Löhne, die Verminderung der Preise der Lebenshaltung und die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes. Der Saarbergmann wird seiner Vergangenheit und seinem Ruf als mutiger und eifriger Arbeiter treu bleiben. Die französische Verwaltung ist entschlossen, ihm die Möglichkeit zu geben, seine trefflichen Eigenschaften zu entwickeln. Sie hält, wie schon der Friedensvertrag vorschreibt, die Arbeiterversicherung und besonders den Friedensvertrag aufrecht. Die soziale Einrichtung der Arbeiterhäuser wird übernommen und weiter ausgebaut werden. An alle wendet sich die neue Verwaltung mit Vertrauen; sie rechnet auf gegenseitiges Vertrauen und fordert zu loalem Mitarbeiten auf, um ihr Ziel zu erreichen: das wirtschaftliche Gedeihen des Unternehmens, das Wohl und die allgemeine Bildung der gesamten dem Saarkohlengebiete angehörigen Bevölkerung.“

Ihr gutes Herz für den notleidenden (!) Arbeitgeber zeigte die über 4000 Mann starke Belegschaft der Mustergrube Velsen insofern, als sie bei der letzten Hauptlöhnnung zur Abwechslung auch einmal einen Anschlag an schwarze Brett heftete, der folgendes besagte:

„Bei der heute stattfindenden Hauptlöhnnung findet am Torhause eine Sammlung für die in schwerer Not geratene Verwaltung statt. Diejenigen, die einen roten Vermerk auf ihrer Lohnliste haben, werden besonders gebeten, recht tief in den Beutel zu greifen!“

Die Schrämbär-Verwaltung.“

Fürwahr, gottvoller Humor bei der Notlage der Arbeiterschaft und der gedrückten Lage (!!!) der Grubenverwaltung! Die Belegschaft war selbst enttäuscht über den Misserfolg der veranstalteten Sammlung. Es stellte sich nämlich heraus, daß viele Hunderte einen roten Vermerk hatten, der nichts weiter besagte, daß sie der Grubenverwaltung noch soundso viel Franken schuldeten, also noch Geld zu bringen hätten.

Doch sich so die Lage zuspielen muhte, ist leicht verständlich. Am 19. Mai brach dann der Sturm los. Über den Kopf der Gewerkschaften hinweg entschloß man sich am frühen Morgen zu einem Proteststreik, und zwar auf Grube Belsen und Jägersfreude. Vor dem Tore von Belsen wurde durch verschiedene Redner die Situation klargelegt. Über 2000 Bergleute, jung und alt, traten gegen 8 Uhr von Grube Belsen aus den Marsch über Böllingen nach Saarbrücken an. Unterwegs erhielt der Zug der besonnen und bewußt marichierenden Knappen noch beträchtliche Verstärkung. In Saarbrücken fand dann im Verein mit der Belegschaft von Jägersfreude eine Demonstration vor dem Regierungsgebäude statt, worüber an anderer Stelle berichtet ist.

Vom Bund der Saarvereine.

„Wo gibt es Saarstraßen?“

Auf unsere im „Sar-Freund“ veröffentlichte Anfrage erhielten wir eine Reihe von Antworten, die wir zum Teil hier wiedergeben:

„Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine“. Zur Anfrage „Wo gibt es Saarstraßen?“ im „Sar-Freund“, 8. Jhg., Nr. 11 v. 1. 6. 1927. Auf Anregung der Ortsgruppe Stettin sind geschaffen worden: 1. Eine Saar-Landstraße in Stettin, 2. ein Saarweg in Stargard (Pom.), 3. eine Saarstraße in Bad Freienwalde (Oder), Polzin, Belgrad, Naugard, Finkenwalde, Basewalde, Wolgast, Groß-Ziegenort, Stolpmünde, Eberswalde, 3. ein Saarplatz in Neustettin, 5. eine Saar-Eiche in Falkenberg (Pom.), 6. eine Saar-Buche in Regenwalde. Ferner wollen der Antrag bei gegebener Gelegenheit entsprechen die Gemeinden: Baruth, Altdamm, Köslin, Neustrelitz, Wriezen, Brieslau, Stralsund, Pöllnow, Soldin, Freienwalde (Pom.), Warnemünde, Malchin, Treptow a. R., Bülow, Königsberg Rm., Tempelburg, Gollnow, Bernau b. Berlin durch Schaffung einer Saarstraße und Bärwalde Rm. durch Pflanzen einer Saareiche. — Weiter ging der Ortsgruppe Stettin ein Schreiben aus Falkenburg in Pommern zu, aus dem, wegen des allgemein interessierenden Inhalts ein Auszug hier wiedergegeben sei: „Vor einigen Monaten fertigte mir (dem Schreiber des Briefes) Herr Bürgermeister Brandt das Anliegen des Saar-Vereins zu, in dem gebeten wurde, eine Straße oder einen Platz nach dem Saargebiet zu benennen. Die Stadt hat für diese Ehrung zurzeit weder eine Straße noch einen Platz frei, darum hat der hiesige Verschönerungsverein sich des Anliegens angenommen und folgendermaßen gehandelt. Auf dem an der Südwestseite der Stadt gelegenen 150 Meter hohen Kalowberge besitzt die Stadt eine außerordentlich schöne Anlage, von der die Hochläche bedeckt wird. Früher stand auf dem Kalowberg eine Holländermühle, man konnte sie das Wahrzeichen Falkenburgs nennen; denn jeder Eisenbahnreisende aus der Richtung Stettin, der über der Landschaft die Mühle sah, wußte, daß Falkenburg in Sicht kam. Um die Erinnerung an das Wahrzeichen auf etwa 100 Jahre zu sichern, ließ ich drei Mühlenssteine an einen Steig, der an der östlichen Innenseite läuft, schaffen und dort in Abständen als Sitzsteine niedrlegen. Der erste Stein liegt nur wenige Meter vom Höhenstein — 150 Meter — der Landesaufnahme entfernt. Hinter dem Mühlenstein treten die Tannen mehrere Meter hinter dem Steig zurück. Im Spätherbst des vorigen Jahres konnte ich mit Genehmigung der Forstverwaltung des Herrn Kammerherrn von Knebel-Döberitz im nahen Dintersdorf drei Eichen ausschlagen. Von diesen Eichen wurde die eine auf das erwähnte Plätzchen hinter dem Mühlenstein gepflanzt in dem guten Glauben, daß sie nach etwa 50 Jahren den Stein schon beschattet. Diese junge Eiche, mit aller Liebe und Sorgfalt gepflanzt, hat sich dankbar gezeigt, sie trägt ihren neuen, zarten Blätterschmuck. Ihr hat der Verschönerungsverein den Namen „Saareiche“ gegeben. Vor etwa 14 Tagen ging ich in das nahe Dorf Birkenholz, dort wußte ich einen Haufen stattlicher Findlinge, die aus der alten nun abgebrochenen Gutsschmiede herrührten. Ein rötlich getönter, 50 Zentimeter breiter und 70—90 Zentimeter hoher Findling mit zwei glatten Flächen geziel mir. Ich bat die Gutsverwaltung, den Stein für die Ehrung zu schenken, was auch geschah. Das Gespann der Herrn Tuchfabrikanten und Ziegeleibesitzers Graffunder fuhr den Findling auf den Kalowberg. Hier wird der Stein vor der Saarlandeiche ausgerichtet werden, nachdem Herr Steinmetzmeister Wezel hier das Wort „Saarlandeiche“ in den Stein gemeißelt hat. — Die Württembergische Saarvereinigung, Sitz Stuttgart,

Landesgruppe Württemberg des Bundes der Saarvereine teilt folgendes mit: „Vor einiger Zeit hat sich die Württembergische Saarvereinigung mit den Stadtverwaltungen Württembergs in Verbindung gesetzt, um die Einführung des Namens „Saarstraße“ bei Neubennungen von Straßen zu erreichen. „Saarstraßen“ bestehen jetzt in den Städten: Stuttgart, Waiblingen, Horb a. N. Folgende Städte haben beschlossen, bei nächster Gelegenheit den Namen „Saarstraße“ einzuführen: Böblingen, Biberach a. Riß, Waiblingen a. Enz, Feuerbach, Gmünd, Waldsee, Saulgau, Laupheim, Reutlingen, Schwenningen. — Die Ortsgruppe Ibbenbüren des Bundes der Saarvereine berichtet, daß bei der Amtsvertretung in Ibbenbüren der Antrag gestellt worden ist, eine neue Straße in Ibbenbüren mit „Saarstraße“ oder den neuen Markt mit „Saarplatz“ zu benennen. Die Aussichten, daß dem Antrage stattgegeben wird, sind gute. Weiter hat die Ortsgruppe erreicht, daß zwei Kohlenplätze der Berginspektion Ibbenbüren, die noch nicht im Abbau stehen, die amtliche Bezeichnung „Flöz Saar“ bzw. „Flöz Reden“ erhalten haben und in den Grubenschriften mit diesen Namen eingetragen sind. — Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine schreibt, daß in München auf ihre Anregung hin schon vor Jahresfrist eine Saarstraße geschaffen worden sei.

Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Die am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Berghof, Kölnerplatz, stattgefunden Monatsversammlung des Saarvereins, Ortsgruppe Dortmund, war trotz des schönen Juni-Sonntag-Nachmittags recht gut besucht, da der Leiter unserer Berliner Geschäftsstelle, Herr Vogel, sein Erscheinen zugesagt hatte. Der 1. Vorsitzende, Oberbergamisdirektor Dr. Weise, begrüßt die Erschienenen, insbesondere unseren Landsmann Vogel aus Berlin. Nach Genehmigung des Protolls der letzten Versammlung erstattete der 2. Vorsitzende, Oberingenieur Ost, Bericht über die am 11. Juni in Essen stattgefunden Gau-Tagung, die sich hauptsächlich mit der Einlegung eines Sonderzuges nach dem Saargebiet zu Beginn der Ferien ab Dortmund besaß hat. Von der Reichsbahnverwaltung ist ein Feriensonderzug nach dem Saargebiet abgelehnt worden, da Feriensonderzüge nur nach Erholungsstätten gefahren würden. Es ist daher in Essen beschlossen worden, die Einlegung eines Sonderzuges, der den Saarländern des Ruhrgebiets und des anschließenden Rheinlands Gelegenheit bieten soll, auf der Hin-fahrt in den Genuss der zuständigen Fahrpreismäßigung zu gelangen, zu beantragen. Der Sonderzug soll möglichst am 1. oder 2. Ferientage fahren. Näheres wird noch durch die Presse und besondere Rundschreiben bekannt gegeben. Herr Vogel gedachte zunächst des augenblicklich in Bad Tölz zur Kur weilenden Ehrenmitgliedes unseres Vereins, des Markscheiders Walter, des Mitbegründers der Dortmunder Ortsgruppe. Dann berichtete er von seinen Eindrücken gelegentlich seines letzten 14-tägigen Besuches in Saarbrücken kurz vor Ostern. Die Bevölkerung ist urdeutsch und wird es bleiben trotz aller Französischungsbestrebungen der Saarregierung. Trotzdem Frankreich kein geschichtliches Recht auf das Saargebiet hat, ist es sein Bestreben schon immer gewesen, das Saargebiet französisch zu machen, um den Kohlenreichtum dieses Landes in die Hand zu bekommen. Selbst 1866, zu Beginn des Krieges Preußens mit Österreich forderte Frankreich als Lohn für seine Neutralität die Abtretung des Saargebietes. Durch schnelle Entscheidung dieses Krieges zugunsten Preußens und durch die Geschicklichkeit Bismarcks wurde damals den Franzosen ein Strich durch die Rechnung gemacht. Schon sofort nach erfolgter Besetzung im Jahre 1918 fingen die Franzosen mit ihren Französischungsbestrebungen an, doch dank der treudeutschen Haltung der Saarbevölkerung sind diese Französischungsbestrebungen heute zu Grabe getragen. Die französische Saarpolitik ist jetzt darauf gerichtet, für einen autonomen Staat Propaganda zu machen; im Saargebiet weiß man aber sehr gut, welches Los der Bevölkerung damit beschieden würde. Der Vortragende beschäftigte sich dann mit dem Präsidentenwechsel an der Saar. Er konnte an Hand der Tatsachen feststellen, daß der zurückgetretene Kanadier Steffens für das Wohlergehen der Saarbeitsbevölkerung nichts getan hat. Auf den neuen englischen Präsidenten Wiltons dürfe man nicht zu großen Hoffnungen sehen, da das politische Verhältnis zwischen Frankreich und England dem neuen Präsidenten aus England schon den Weg zeigen werde, den er einzuschlagen hat. Durch den Friedensvertrag von Versailles hat Frankreich das Recht, die Kohlengruben im Saargebiet auszubauen, stillzulegen oder zu verpachten. Nach der Abstimmung im Jahre 1935 kann Deutschland die Gruben des Saargebietes zurückkaufen. Trotz dieser Vertragsbestimmungen hat Frankreich französischen Grubenunternehmungen, die an der lothringischen Grenze Gruben besitzen, durch Vertrag gestattet, unter der deutsch-lothringischen Grenze durch im Saargebiet Kohlen abzubauen. Der Vertrag läuft auf 99 Jahre, trotzdem Frankreich gar nicht weiß, ob nach 1935 ihm das Saargebiet noch gehören wird. Die Saarregierung hat bisher zu diesem Kohlentausch geschwiegen. Nur der preußische Handelsminister Dr. Schreiber hat vor einiger Zeit im Parlament sich offen gegen die Verpachtung der an der französischen

ösisch-lothringischen Grenze liegenden Saarländer an französische Unternehmungen auf 99 Jahre ausgesprochen.

Der Redner kommt hierauf noch auf die Geschichte der 150 000 Saarfranzosen, die im Versailler Vertrag das Schicksal des Saargebiets bis zum Jahre 1935 bestimmt haben, zu sprechen. Tatsache ist, daß sich zur Zeit der Behauptung Clemenceaus kaum 10 Franzosen im Saargebiet befanden. Die 150 000 Saarfranzosen sollen s. z. das Schicksal des Saargebiets bis 1935 festgelegt haben. Immer wieder muß auf diese ungeheure Fälschung, die in der Geschichte der Völker einzige dasteht, hingewiesen werden. Keine Regierung hat sich bisher damit beschäftigt. Sache des deutschen Vertreters des Völkerbundes muß es sein, bei den Beratungen in Genf darauf besonders hinzuweisen. Bisher hat die Saarregierung nichts für die Wohlfahrt des Saarlandes getan. Für das im Saargebiet herrschende Elend sind die Saarregierung und der Völkerbund verantwortlich. Dunkel liegt die Zukunft unserer Saarheimat vor unseren Augen. Sache des Saarvereins muß es daher sein, durch ständige Aufklärung die Saarländer in der Heimat in ihren Bestrebungen zu unterstützen, damit das Saarland treudeutsch bleibe immerdar. Lebhafte Beifall dankte dem Redner für seinen interessanten Vortrag. Nach Absingen des Liedes „Deutsch die Saar immerdar“ führte uns der Redner noch einige Lichtbilder vor, die uns in die Heimat, in die Gegend führen, in der französische Unternehmer unter der Grenze durch saarländische Kohlenlöhne abbauen. Auf einigen Bildern sieht man Grenzfähle des Saarlandes direkt neben den Förderstühlen und Schachtanlagen. In seinem Schlusssatz kam der Vorsitzende Dr. Weise auf die Konkurrenz der Saarkohle durch die Ruhr- und Braunkohle infolge ihrer billigen Wasserbeförderungsmöglichkeiten zu sprechen. Seine Worte klangen aus in den Ruf: Unserem Saarverein und unserem Leiter der Berliner Geschäftsstelle Herrn Vogel ein dreifaches Glückauf.

Herr Vogel forderte die Anwesenden noch auf, an der Bundestagung des Bundes der Saarvereine am 13. und 14. August in Würzburg in großer Anzahl teilzunehmen. Nach Schluss des offiziellen Teils walzte unser Vergnügungsdirектор Rafaelski seines Amtes. Durch musikalische Darbietungen und Absingen gemeinsamer Lieder wurden die Landsleute noch stundenlang zusammengehalten.

Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine veranstaltete gelegentlich des 18. deutschen Bundeschießens im Verein mit den landschaftlichen Verbänden Münchens am 16. Juli 1927 abends im Festsaal des Männer-Turnvereins Hämmerstraße zu Ehren der eintreffenden saarländischen Teilnehmer an dem Bundesjubiläum einen Rhein-, Pfalz- und Saar-Abend. Alle Landsleute sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine hielt am 13. Mai 1927, abends 8½ Uhr im Vereinslokal „Schillerloge“ zu Stettin unter Vorsitz des 1. Schriftführers, Oberzahlmeisters a. D. Schmidt, die 23. Monatsversammlung im Beisein von 17 Mitgliedern und Gästen ab. Als neue Mitglieder sind dem Verein beigetreten die Herren Regierungspräsident Dr. jur. von Halfern und Dreher bei der Hafenbetriebsgesellschaft Stettin Hans Stöck. Der Versammlungsleiter machte Mitteilung von einem Schreiben der Reichsbahndirektion Stettin über einen am Himmelfahrtstage verkehrenden Sonderzug nach Neubrandenburg und brachte sodann Abdrücke eines von der Deutsch-Oesterreichischen Reisevereinigung „Nord-Süd“ in Graz (Steiermark) übersandten Aufrufes zum Beitritt zur Verteilung. — Am 10. Juli 1927, abends 8 Uhr, versammelten sich elf Mitglieder und Gäste der Ortsgruppe zur 24. Monatsversammlung im Gartenrestaurant „Lindenhof“ zu Stettin. Der Vorsitzende, Herr Oberregierungsrat Dr. Stegner, gab eine Mitteilung der Städte Gollnow und Bernau b. Berlin bekannt, wonach dasselbst je eine „Saarstraße“ geschaffen werden soll. Bisher besitzen auf Anregung der Ortsgruppe 13 Orte in Pommern und Mecklenburg eine Saarstraße bzw. einen Saarplatz; an zwei Orten ist eine Saar-Eiche bzw. eine Saar-Buche gepflanzt. 19 weitere Stadtverwaltungen haben ein gleiches Vorgehen in Vorbereitung. An Stelle des verstorbenen Herrn Obersten a. D. Müller wurde Herr Prokurist Stuck als Beisitzer gewählt. Von dem „Saar-Lieder-Buch des Bundes der Saarvereine“ konnten 16 und von dem „Bundeslied der Saarvereine“ vier Stück bestellt werden. Im Monat Juli ist ein Sommerausflug der Mitglieder geplant.

Die Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine. Nach langer Pause, hervorgerufen durch Krankheit des Vorsitzenden, Herrn Seminaroberlehrer Debusmann, hatte die Ortsgruppe

am 18. d. M. im Vereinslokal Alt-Essen in Essen ihre Mitglieder wieder versammelt. Nach einleitenden Worten des Herrn Debusmann trat man in die Beratung folgender Tagesordnung ein: 1. Besprechung über den Herbstsonderzug; 2. Besprechung eines gemeinsamen Ausfluges bzw. Zusammenkunft sämtlicher Ortsgruppen des Industriegebiets Rheinland-Westfalen; 3. größere Veranstaltung im Spätherbst. Zu Punkt 1 bemerkte der Vorsitzende, daß es leider nicht möglich gewesen sei, die Eisenbahn für einen Ferienzug nach Saarbrücken zu gewinnen. Die Bahnverwaltung stelle dieselben nur nach sog. Erholungsgegenden zur Verfügung, man müsse sich also mit einem Sonderzug nach Saarbrücken begnügen. Die Aussprache ergab, daß der Zug am 2. oder 3. August — genaue Angabe erfolgt noch — fahren soll. Teilnehmer sollen sich, wenn auch Nichtmitglieder, zeitig bei Herrn Debusmann melden. Punkt 2 wurde dahin erledigt, daß am 3. Juli d. J. eine Zusammenkunft sämtlicher Vereine des Industriegebiets auf der Kuppenhöhe in Essen stattfinden soll. Es wurde aus der Versammlung heraus als wünschenswert bezeichnet, alljährlich einmal diese Zusammenkunft in Essen, als zentralen Ort, zu veranstalten. Nach Möglichkeit soll dieser Antrag entsprochen werden. Eine lebhafte Aussprache löste der Punkt Herbstveranstaltung aus. Damit das Versäumte wieder nachgeholt wird und die Jugend zu ihrem Rechte kommt, wurde beschlossen, im September eine gemütliche Zusammenkunft und im Oktober nach einem früheren Vorblide die „Neinerker Herbst“ im Vereinslokal zu feiern. Der Vorstand bittet, ihn jetzt schon mit geeigneten Vorschlägen und evtl. Kostenzuschüssen unterstützen zu wollen. Nachdem Herr Müller, von einer Ferientrave ins Saargebiet soeben zurückgekehrt, seine Eindrücke geschildert hatte, ergriff Herr Debusmann erneut das Wort zu einem Vortrage mit Lichtbildern über das Thema: Der französische Kohlenraub im Saargebiet. In eindringlicher Weise schilderte er die alten Raubgelüste Frankreichs auf das reiche Saarland und den neuerdings fortgesetzten Diebstahl preußischer Kohlen unter der französischen Grenze her seitens der jetzt französischen Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft. Ganz besonders machten die gezeigten Lichtbilder nicht allein wegen ihrer Herkunft, Paris, sondern als überzeugende Illustrationen einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden. Redner betonte, wie Völkerbund, Regierungskommission Arm in Arm diesen Raub durch Racheinschreiten begünstigt und später durch Genehmigung eines Wachtvertrages über das ganze Diebstahlsgebiet, den „Wardt“, an die Saar- und Mosel-Gesellschaft sanktioniert haben. Es bestehet die große Gefahr, daß die Franzosen einen Bezirk „Wardtwald“ schaffen werden, womit sie mit Rücksicht auf die kommende Abstimmung und möglichen Beeinflussung der dortigen Bevölkerung politisch viel erreicht haben würden. „Das Saargebiet kann aber“, so betonte Redner zum Schluß seines Vortrages, „nicht auf den „Wardt“, als sein wertvollstes Kohlenrevier und somit seine Hoffnung und Zukunft, verzichten. Es ist daher unser Recht und unsere Pflicht, immer und immer wieder an die Öffentlichkeit mit der Not unserer Saarheimat zu treten und so unsere Sache zur Sache des ganzen deutschen Volkes zu machen.“ Großer Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Ein anschließendes Tänzchen hielt die Landsleute an diesem Abend noch lange zusammen.

Die Saarvorträge an den Hochschulen. Auf Grund von Anregungen der Geschäftsstelle „Saaar-Verein“ finden vor sämtlichen Studentenschaften der deutschen Universitäten in regelmäßigen Abständen Vorträge über die Saarfrage durch Redner, die sich liebenswürdigweise dem Bund der Saarvereine zur Verfügung gestellt haben, statt. Bei der letzten derartigen Anregung wurden die einzelnen Studentenschaften gebeten, mitzuteilen, ob und in welcher Weise sonst noch bei Universitäten die Saarfrage behandelt wird. Auf Grund dieser Anfrage ist vom Grenzlandamt Frankfurt a. M. in folgende Antwort eingegangen: „Augenblicklich werden ausgesprochene Vorlesungen über das Saargebiet nicht gelesen. Aber eine geographische Vorlesung, die die einzelnen Grenzländer behandelt, geht eingehend auf alle Einzelheiten, wie Geschichte, Grenzen, Wirtschaft, Volkstum usw. des Saargebietes ein. Die Frankfurter Studentenschaft zeigt lebhafte Interesse für das Saargebiet. Dieses läßt sich daraus ersehen, daß die Zeitungen, die von dem Zeitungs- und Grenzlandamt abonniert sind (u. a. auch der „Saaar-Freund“) eifrig gelesen, und die Bücher über das Saarland in der Bibliothek des Elsaß-Lothringen-Instituts eifrig benutzt wird.“